

HAASS

DULDEN



WIR

NICHT

**SCHWERPUNKT
DEMOKRATIE**

CORONA-KRISE

Saubere Sachen:

Textilien aus dem Greenpeace Magazin Warenhaus – fair und nachhaltig produziert nach strengsten Greenpeace-Kriterien.



Alle Textilien für Babys, Kinder und Erwachsene finden Sie in unserem Online-Shop auf greenpeace-magazin.de/warenhaus

greenpeace
magazin.
warenhaus

MERKSATZ

„Corona entzaubert die Populisten. [...] Umso bewusster sollten sich Demokraten auf die Zeit nach dieser Zäsur vorbereiten.“

Roger de Weck, Seite 23

Am Jahresanfang legten wir als Schwerpunkt dieser Ausgabe die „Demokratie“ fest. Doch dann verändert das Corona-Virus mit plötzlicher Wucht die Welt. Wir erleben eine Ausnahmesituation von ungeahntem Ausmaß. Auf den letzten Metern haben wir das Heft umgeplant, um euch zu informieren, was die Pandemie für uns als Partei und für unsere Demokratie bedeutet.

Wir sind als Partei in einer **gesamtgemeinschaftlichen Verantwortung**. Auf der Landes- und Kommunalebene handeln unsere Mitglieder in Regierungen. Als Oppositionspartei nehmen wir unsere Rolle nicht parteitaktisch agierend wahr. Wir stehen nicht an der Seitenlinie und kritisieren, wir übernehmen politische Verantwortung. Wir haben alle gesellschaftlichen Gruppen im Blick – von der Alleinerziehenden bis zum Arbeitslosen –, damit niemand übersehen wird. Und wir wissen: So wie das Virus keine Grenzen kennt, darf die Solidarität nicht an Grenzen Halt machen. Europa darf sich nicht spalten lassen, Europa muss vereint handeln.

Mehr denn je steht die Demokratie auf dem Prüfstand. In einer historischen Sitzung hat der Bundestag mit raschen Entscheidungen und dem größten Rettungspaket seit Gründung der BRD ein Zeichen gesetzt. Wir brauchen jetzt ein starkes Parlament, das die Übermacht der Regierung kontrolliert (S. 6). **Der Ausnahmezustand muss die befristete Ausnahme bleiben!**

In kurzer Zeit konnten wir – dank der Menschen, die seit Jahren ehrenamtlich an unserer @netzbegrünerarbeit arbeiten – als **Partei auf digital umschalten**. Wir sind in der Lage, den politischen Raum auch im Netz zu besetzen und den Diskurs aufrechtzuerhalten (S. 4). **Macht mit!**

Die, die Hass und Hetze verbreiten, sind aktuell leiser geworden. Doch die Gefahr ist nicht gebannt (S. 8). Wir können ihr wie dem Virus nur dann erfolgreich begegnen, wenn alle ihren Teil beitragen. Das gibt mir in diesen Tagen Hoffnung: Mit der Kooperation der Vielen werden wir diese und andere Krisen bewältigen. **Bleibt gesund!**



Euer Michael

MICHAEL KELLNER
Politischer Geschäftsführer



Kooperation statt Konkurrenz

Im Gesundheitswesen, im Supermarkt, in der Logistik: Die Corona-Krise führt uns vor Augen, welche Menschen unsere Gesellschaft am Laufen halten, die wir sonst viel zu wenig im Fokus haben. **Sie brauchen unsere Unterstützung.** Gebt aufeinander acht! Bleibt gesund!

gruene.de/corona



Neue politische Räume

Demokratie kennt keine Pause. Wir haben auf digital umgestellt, **unsere Partei bleibt präsent**. Wir bieten euch Webinare und Veranstaltungen zur Zukunft nach Corona, zum Grundsatzprogrammprozess und zu wichtigen politischen Themen. Macht mit!

gruene.de/umschalten



#GRÜNDIGITAL

Das #CoronaVirusDE fordert unserer Gesellschaft alles ab, uns auch. Das politische Leben darf auch in der Krise nicht stillstehen. Wir als Partei schalten komplett um auf digital.

Service für Parteimitglieder



E-LEARNING



Am 23. März ist unser Webinar-Programm für unsere digitalen Anwendungen gestartet. Wir machen E-Learning für unsere gesamte Partei, damit wir alle beim #UMSCHALTEN mitnehmen.

[gruene.de/umschalten](https://www.gruene.de/umschalten)



VERANSTALTUNGEN DIGITAL

Alle Veranstaltungen und auch Großveranstaltungen wie der **Länderrat** finden **digital** statt. Eine Übersicht inklusive Anmelde-links findet ihr auf:

[gruene.de/umschalten](https://www.gruene.de/umschalten)



EUROPA-WEBINARE

Die Europagruppe bietet regelmäßig Webinare an, die für alle frei zugänglich sind:

[gruene.de/webinare-europa](https://www.gruene.de/webinare-europa)



GRÜNES NETZ

Die digitale Plattform für grüne Politik: Dort gibt es praktische Werkzeuge für die politische Arbeit, Beteiligungsformate und Informationen. Seit letztem Jahr auch mobil als Mitglieder-App. Es stehen unter anderem fünf Gigabyte grüne Datencloud, Mitgliederchat und -forum zur Verfügung – natürlich Open-Source.

Für grüne Mitglieder: [netz.gruene.de](https://www.netz.gruene.de)



SOCIAL MEDIA

Über Instagram- und Facebook-Live halten wir euch mit Infos zur aktuellen Situation auf dem Laufenden.

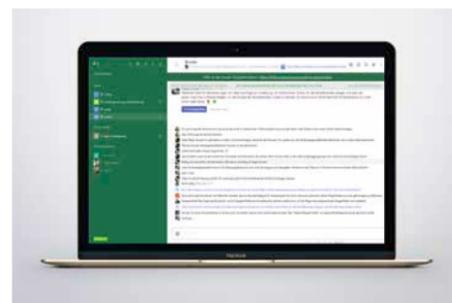
[instagram.com/die_gruenen](https://www.instagram.com/die_gruenen)
[facebook.com/B90DieGruenen](https://www.facebook.com/B90DieGruenen)



CHATBEGRUENUNG

Über unsere Chatbegrüenung können alle (!) Parteimitglieder in permanentem Austausch miteinander stehen.

[chatbegrueung.de](https://www.chatbegrueung.de)



Service für grüne Gliederungen



VIDEOKONFERENZTOOL



Unsere Bundesarbeitsgemeinschaften bekommen ein Videokonferenztool für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt, mit dem auch 100 Personen zusammenarbeiten können. Wir bauen aktuell weitere Angebote wie die Konferenzplattform mumble und eine eigene Videokonferenzlösung über Jitsi aus.

www.mumble.info und www.jitsi.org



BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Die gesamte Bundesgeschäftsstelle ist im Homeoffice und komplett digital vernetzt einsatzfähig, inklusive allen Dokumenten, die von überall zugänglich über VPN oder die hauseigene Cloud abrufbar sind – natürlich mit Zwei-Faktor-Authentifizierung.

HERAUSFORDERUNGEN

Parteienrecht: Nicht alle Wahlen lassen sich einfach digitalisieren. Auch digitale Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Für eine Lösung ist Michael Kellner mit den anderen Generalsekretären im Gespräch.



KREISVERBAND DIGITAL

Auch die Vorstände in den Kreisverbänden schalten um auf Video. Die nächste Herausforderung ist, die Arbeit im Kreisverband digital fortzusetzen. Hier wird viel ausprobiert und erste Onlineversammlungen und Neumitgliedertreffen sind in Planung.

Was macht der Bundesverband?



HANDLUNGSFÄHIG

Wir bleiben trotz der herausfordernden Situation als Partei voll handlungsfähig. Danke an alle, die hier so viel Herzblut investiert haben! Danke an die Menschen der @netzbegrueung, die seit Jahren ehrenamtlich mit viel Einsatz an der Digitalisierung der Partei arbeiten.



BUNDESVORSTAND

Der Bundesvorstand tagt jetzt Montagmorgens nicht mehr in der Geschäftsstelle, sondern per Konferenz aus dem Homeoffice.



GRUNDSATZPROGRAMM

Die Arbeit am Grundsatzprogramm geht auch während #CoronaVirusDE weiter.

[gruene.de/grundsatzprogramm](https://www.gruene.de/grundsatzprogramm)



Euer Input ist uns wichtig
Habt ihr noch Fragen, Kommentare, Ideen? Was fällt euch schwer, was klappt gut?
buero.kellner@gruene.de

„Wir werden auch Fehler machen“

Wissenschaftler*innen und Politiker*innen gehen davon aus, dass die Corona-Pandemie die Republik auf unbestimmte Zeit lahmlegen wird. Umso wichtiger ist es, dass der Deutsche Bundestag funktionsfähig bleibt. **Britta Haßelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, über den Gesundheitszustand der Demokratie in Zeiten der Krise.**

Autor: Gero Günther

Das Gespräch findet in einer Pause am 154. Sitzungstag des Deutschen Bundestages am 25. März statt; geprägt ist es von den außerordentlichen Umständen dieser denkwürdigen Parlamentssitzung: Viele Sitze bleiben leer, um den Sicherheitsabstand zu wahren, die Türen stehen offen, damit niemand die Klinke drücken muss, das Rednerpult wird regelmäßig desinfiziert. Debattiert wird ein gigantischer Nachtragshaushalt, den der Bundestag am Ende im Eiltempo beschließen wird: 156 Milliarden Euro im Kampf gegen die Folgen der Corona-Pandemie.

Wenn man die Parlamentssitzung am heutigen Tag zum Maßstab nimmt, scheint es um die Widerstandskräfte unserer Demokratie nicht so schlecht bestellt zu sein. Ja, wir haben dafür gesorgt, dass der Bundestag handlungs- und arbeitsfähig bleibt. Natürlich kommt das Parlament heute unter völlig veränderten Bedingungen zusammen. Deshalb haben wir in den letzten Tagen viel Kraft und Energie darauf verwendet, mit den anderen demokratischen Fraktionen darüber zu sprechen, wie wir geeignete Voraussetzungen für den Ablauf der Sitzung schaffen können. Denn wie anderswo auch sind einige Parlamentarier

in Quarantäne, positiv getestet oder gehören Risikogruppen an und müssen deshalb der Sitzung fernbleiben. **Trotzdem sind Plenarsitzungen unabdingbar und werden es auch zukünftig bleiben.**

Natürlich. Die Regierung kann zwar Gesetzesvorhaben vorbereiten, aber die Entscheidung und die Verabschiedung von Gesetzen liegen beim Parlament – und wenn wir uns nicht zusammenfinden, können auch keine Entscheidungen getroffen werden. Es könnten keine Kredithilfen bewilligt, keine Rettungsschirme für Unternehmen aufgespannt werden. Es gäbe keine Soforthilfen für Krankenhäuser und kein Sozialpakt-Gesetz.

Wie wurde entschieden, wer letztlich auf den begrenzten Sitzen Platz nimmt?

Alle Abgeordneten des Bundestages sind natürlich zur Sitzung eingeladen, und es muss jedem frei stehen, an Debatten und Abstimmungen teilzunehmen. Jede und jeder schätzt für sich selbst ein, ob man gesund und fit ist. Manche können nicht dabei sein und befinden sich in einer behördlich angeordneten Quarantäne. Von unseren 67 grünen Abgeordneten sind nur 25 im Plenarsaal, um den Sicherheitsabstand zu wahren. Die anderen sind entweder in ihren Büros und verfolgen die Debatte im Fernsehen oder auf der Tribüne, die ja derzeit für Besuchergruppen gesperrt ist, und kommen nur zur Abstimmung rüber.

Wir stehen ja erst am Anfang dieser Krise. Wie kann das Parlament arbeitsfähig bleiben, wenn immer mehr Abgeordnete in Quarantäne müssen?

Wir konnten uns trotz unterschiedlicher Auffassungen in Sachfragen gemeinsam

„Gerade jetzt braucht es die öffentliche Debatte im Parlament, den öffentlichen Diskurs über Verhältnismäßigkeit und Balance, Entscheidungen, die parlamentarisch legitimiert sind und die Kontrolle der Regierung.“

auf faire Abläufe einigen. Dass man es beispielsweise bei Abstimmungen nicht ausnutzt, wenn viele Abgeordnete einer Fraktion betroffen und verhindert sind. Wir haben dafür auch die Geschäftsordnung des Bundestages verändert. So soll das Parlament – für einen befristeten Zeitraum – bereits mit einem Viertel der Abgeordneten beschlussfähig sein. Es geht dabei immer um das Abwägen zwischen der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und dem Gesundheitsschutz und der Risikominimierung.

Manche denken darüber nach, die Befugnisse auf ein stark verkleinertes Notparlament zu übertragen, sollte ein Großteil der Abgeordneten krank werden.

Wir sind nicht im Verteidigungsfall und brauchen kein Notparlament. Die Antwort des Bundestages auf die krisenhafte Zeit dieser Corona-Pandemie ist eine befristete Änderung der Geschäftsordnung. Gerade jetzt braucht es die öffentliche Debatte im Parlament, den öffentlichen Diskurs über Verhältnismäßigkeit und Balance, Entscheidungen, die parlamentarisch legitimiert sind und die Kontrolle der Regierung durch die gewählten Abgeordneten.

In Deutschland werden heute riesige Maßnahmenpakete verabschiedet. Manche Verfassungsrechtler*innen kritisieren diese Eilmaßnahmen als unverhältnismäßig und warnen davor, dem Gesundheitsminister zu große Vollmachten zuzugestehen. Wie lassen sich diese Regelungen später überhaupt noch korrigieren?

In der Tat ist das ein Problem und ein großer Spagat für uns. Wir Grüne haben uns dafür stark gemacht, viele Maßnahmen, die beschlossen wurden, zeitlich zu befristen. Besonders wichtig ist, dass die Entscheidungen beim Parlament liegen. Maßnahmen, die das Parlament getroffen hat, müssen auch durch das Parlament aufgehoben werden. Unsere Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass Minister nicht versuchen, durch Rechtsverordnungen zu regieren statt dem Parlament Entscheidungen vorzulegen.

Es wurde in den letzten Wochen immer wieder Kritik darüber laut, dass der Föderalismus in Deutschland die anstehenden Entscheidungsprozesse verlangsamt und kompliziert.

Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass die föderalen Strukturen gut funktionieren. Bund und Länder befinden sich immer wieder in einem intensiven und konstruktiven Dialogprozess über zu treffende Maßnahmenpakete. Auch wenn an der einen oder

„Ich glaube, dass viele sagen werden, unsere Demokratie hat sich in der Krise bewährt. Und es ist ja auch bemerkenswert und gut so, dass die Feinde der Demokratie gerade nicht mit einer lauten Stimme sprechen.“

anderen Stelle mal jemand ausgesichert ist. Und natürlich gibt es Dinge, die verbessert werden können und müssen. Aber jetzt ist sicher nicht der Zeitpunkt, Grundsatzdiskussionen zu führen. Wichtig ist auch, dass die föderalen Strukturen dazu beitragen, die Verhältnismäßigkeit dieser drastischen Beschränkungen der Bürgerrechte immer wieder zu diskutieren. **Es darf bei aller Einigkeit über die Dringlichkeit nicht der Eindruck entstehen, dass Pakete einfach so durchgewunken werden.**

Ja. Absolut. Wir brauchen nach dem Konsens auch Dissens. Uns gehen die Rettungsschirme an einigen Stellen nicht weit genug. Wir meinen, dass die Lebenssituation von armen Familien nicht ausreichend berücksichtigt wird. Wir finden es dringend notwendig, dass wir über eine bessere Entlohnung und auch über eine Boni-Zahlung für Pflegekräfte reden. Wir wissen auch, dass Hebammen und viele Menschen in Heilberufen bisher nicht unter den Rettungsschirm fallen. Ein anderer ganz zentraler Kritikpunkt ist die mangelnde europäische Antwort auf die Krise, wie etwa Corona-Bonds. Die weitere Debatte darüber fängt jetzt erst an. Wir dürfen da nicht nachlassen.

Gerade bricht das Arbeitsleben vieler Bürger*innen zusammen. Manch einer würde in dieser Situation gerne wieder über das Grundeinkommen reden.

Für mich ist das nicht der richtige Zeitpunkt. In dieser Situation ist es wichtig, für besonders betroffene Menschen ganz konkrete Hilfen schnell und unbürokratisch auf den Weg zu bringen. Die Solo-Selbständigen, die Künstler*innen, die Kleinbetriebe mit bis zu zehn Beschäftigten: Darauf müssen wir uns jetzt konzentrieren.

Während die demokratischen Prozesse in Deutschland bisher kaum bedroht zu sein scheinen, sieht das in Ländern wie Ungarn oder Polen ganz anders aus.

Die Entwicklung in Ungarn und Polen war auch schon vor der Corona-Pandemie besorgniserregend, was die Einschränkung

demokratischer Strukturen angeht. Was jetzt gerade passiert, ist schlimm, ein solcher Angriff auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – unvorstellbar.

Viele Menschen scheinen in diesen Tagen Sympathien für die markigen Methoden autoritärer Staaten zu entwickeln.

Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass es den öffentlichen Meinungsstreit braucht. Dass Erörterungen in den Parlamenten von Sachverständigenanhörungen begleitet werden müssen. Dass die Einmischung von Außen mit Sachverstand und Kritik nötig ist. Das sind ganz wesentliche Elemente unserer parlamentarischen Demokratie. Und deshalb braucht es unsere starke Stimme, die darauf pocht, dass diese tiefen Einschnitte in unsere Freiheitsrechte nur für einen ganz begrenzten Zeitraum aushaltbar sein können. Unsere Demokratie lebt von der Vielfalt, vom Diskurs, vom Widerspruch. Und das ist auch gut so. **In Großbritannien wurden gerade Sondergesetze verabschiedet, die für zwei Jahre gelten sollen. So etwas wird es in Deutschland also auf keinen Fall geben?**

Wir werden einer Regierung niemals auf lange Zeit einen Persilschein ausstellen. Da muss das Parlament mit ganz großer Souveränität und Selbstbewusstsein seine Position klar und deutlich machen.

Viele Leute sehnen sich trotzdem nach der chinesischen Effizienz. Dem harten Durchgreifen.

Niemand kennt die wirklichen Zahlen in China, niemand kennt die genaue Situation. Was wir in Berichten sehen, sind ja Bilder, die der Zensur unterworfen sind. Für mich kann ein autokratischer Staat niemals Vorbild sein. Wir kennen solche Vergleiche auch jenseits der Corona-Pandemie in Bezug auf Planungsverfahren. Das muss man klar zurückweisen. Wir sind doch froh über unsere vielfältige, lebendige Demokratie, unsere Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Manche Beobachter*innen sehen derzeit neue Formen der Solidarität und des zivilgesellschaftlichen Engagements entstehen.

Es gibt so viele, die in diesen Tagen und Wochen Unglaubliches leisten. Dazu gehören die zahlreichen Menschen, die in den Kliniken und Krankenhäusern so viel arbeiten. Wir können uns dafür nicht genug bedanken. Und ich glaube, dass nun endlich die Debatte über die Entlohnung solcher systemrelevanter Berufe geführt werden muss. Das gilt natürlich auch für andere Bereiche wie die Kassiererin im Supermarkt oder den Regalbefüller in der Drogerie. All die Menschen, die für die Gemeinschaft arbeiten in dieser krisenhaften Zeit. Das sind alles Heldinnen und Helden des Alltags. Aber ich freue mich auch, dass plötzlich neue Nachbarschaftshilfen entstehen, dass Kreativität, Gemeinschaftssinn und Vielfalt vorhanden sind und Projekte auf den Weg gebracht werden.

Haben Sie den Eindruck, dass am heutigen Tag, trotz beträchtlicher Unterschiede in den Auffassungen, ein besonders großer Grundkonsens unter den Parlamentariern herrscht?

Ja, die meisten von uns spüren, dass es sich um eine absolute Sondersituation handelt, in der man zusammenhalten muss. Wir Abgeordnete wissen ja auch, dass wir Fehler machen werden, und gleichzeitig spüren wir, wie groß die Erwartungen der Bürger*innen an die Politik insgesamt sind, bei aller Unterschiedlichkeit jetzt etwas gemeinsam auf den Weg zu bringen, was den Menschen direkt und konkret hilft.

Die Demokratie könnte also gestärkt aus dieser Situation herausgehen.

Ja, ich glaube, dass viele sagen werden, unsere Demokratie hat sich in der Krise bewährt. Und es ist ja auch bemerkenswert und gut so, dass die Feinde der Demokratie gerade nicht mit einer lauten Stimme sprechen.

BRITTA HASSELMANN

studierte Sozialarbeit und war als Sozialarbeiterin in Bielefeld tätig. Von 2000 bis 2006 war Haßelmann Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen. 2009 zog sie in den Bundestag ein. Seit 2013 ist sie Erste Parlamentarische Geschäftsführerin.

Angriff auf die Demokratie

Hass, Hetze, Todesdrohungen: Immer mehr Kommunalpolitiker*innen werden zur Zielscheibe. Was bedeutet es für die Demokratie, wenn sie an ihrer Basis angegriffen wird? Bürgermeister*innen, Ehrenamtliche und People of Color berichten von ihrem bedrückenden Alltag und von einem Land, in dem die Menschenwürde antastbar geworden ist.

Autorin: Carolin Pirich

Bevor sie davon erzählen will, weshalb sie ihr Amt als Bürgermeisterin von Arnsdorf aufgegeben hat, vergewissert sich Martina Angermann, 61, am Telefon, wo und wann der Artikel erscheinen wird. Es ist Wahlkampf in ihrer Gemeinde in Sachsen und sobald wieder von den Bedrohungen gegen sie zu lesen sein wird, „schlagen in Arnsdorf die Wogen höher“, wie sie sagt. Das könnte den Wahlkampf beeinflussen. Auch ein Jahr, nachdem sie an Burn-out erkrankt war, als sie nur noch zu Hause saß, weinte oder schlief, fühlt sie sich verantwortlich für ihre Gemeinde. 18 Jahre lang war die SPD-Politikerin in Arnsdorf Bürgermeisterin.

Über einen Zeitraum von acht Jahren ist Martina Angermann immer wieder von rechten Hetzern bedroht worden und noch immer wird nicht von ihr abgelassen. Derzeit liegen vier Verleumdungsanzeigen gegen sie vor – weil sie sich in Interviews über die Gründe für ihren Rückzug äußerte.

Es war ein schleichender Prozess. Begonnen hat er im Jahr 2012 mit einem Satz an einem der Häuser, das einem AfD-Mitglied gehört, das aus Niedersachsen nach Bautzen gezogen war. Dort stand: „Der beste Platz für einen Bürgermeister ist das Wahlplakat. Da ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.“ Den Hintergrund konnte Martina Angermann damals nicht einordnen. Heute vermutet sie darin eine Strategie der Rechten, gezielt SPD-Bürgermeister*innen aus dem Amt zu mobben – und eigene Kandidat*innen für das Amt aufzustellen. Seit dem Jahr 2015, als viele Menschen nach Deutschland flüchteten und Martina Angermann mit dem Landkreis Grundstücke für eine Asylunterkunft gesucht hatte, gab es immer wieder Anträge von AfD-Mitgliedern auf ein Abwahlverfahren gegen Martina Angermann. Auf Facebook las sie auf einer Seite mit dem Namen „Arnsdorf 01477 Bürgerforum überparteilich“, dass sich Bürger Armbrüste beschaffen, es wurden Bilder von Kampfhunden gepostet, sie bekam Hassmails.

„Wenn ich abends in der Gemeinde im Rathaus saß, habe ich mich als Zielscheibe gefühlt“, sagt Martina Angermann. „Das nagt an einem.“

Rechtes Mobbing

Im Jahr 2016 wurde Arnsdorf deutschlandweit bekannt, weil eine rechte „Bürgerwehr“ einen psychisch kranken Iraker an einen Baum fesselte, nachdem er in einem Supermarkt randaliert hatte. Der Prozess wurde nach nur vier Stunden eingestellt, da das Opfer, das als Zeuge aussagen sollte, tot in einem Wald aufgefunden worden war. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte 2017 dem MDR, es habe keine Hinweise auf eine Straftat gegeben.

Martina Angermann hatte sich damals öffentlich positioniert und gesagt, das Vorgehen der „Bürgerwehr“ sei keine Zivilcourage, das sei Selbstjustiz. Man wisse, wo sie wohne, hörte sie in der Gemeinderatssitzung. Schließlich drohte man auf Facebook („Arnsdorf 01477 Bürgerforum überparteilich“), eine Demonstration vor ihrem Privathaus zu organisieren. Es habe vereinzelt Verbündete im Gemeinderat gegeben, auch im Ort unterstützten sie einzelne Menschen, erzählt Angermann. Aber die Mitte der Gesellschaft, sagt sie, habe aus Angst geschwiegen.

Als Martina Angermann begann, in Interviews über das Mobbing der Rechten zu sprechen, warfen Teilnehmer der Facebookseite ihr vor, sie würde ihre Gemeinde schlecht machen. Rocker belagerten den Gemeinderat von Arnsdorf und forderten, sie solle sich bei den Mitgliedern der „Bürgerwehr“ entschuldigen. Im Februar vor einem Jahr wurde sie krankgeschrieben, schließlich wurde Martina Angermann vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

„Am Ende steht man alleine da“, sagt sie.

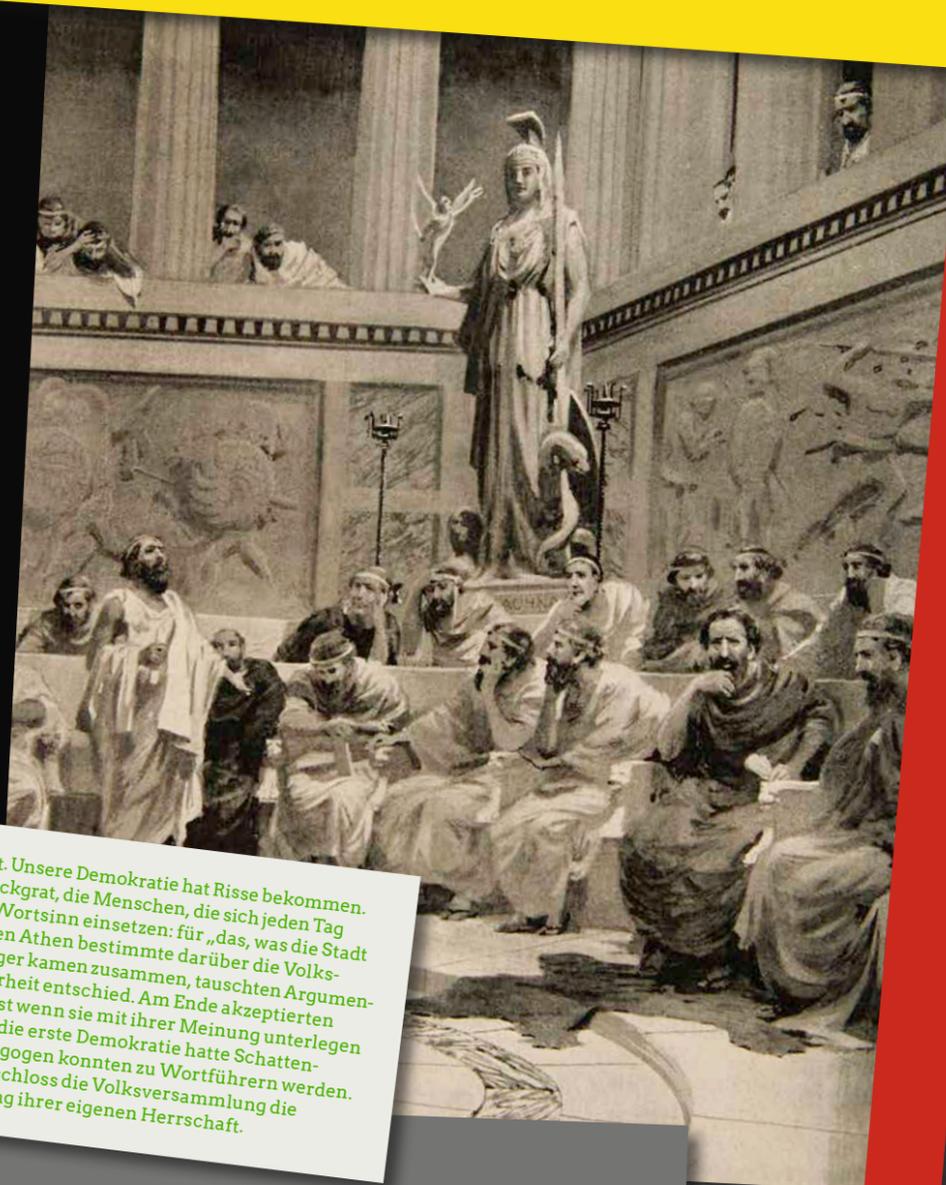
Die Drohungen an sie waren oft anonym, aber Martina Angermann hat keinen Zweifel, dass sie aus einer Ecke kommen, die an Verschwörungstheorien glaubt, die von „Umvolkung“, „Volksverrätern“ und „Volkstod“ faselt, von Nationalität und Identität und vom „Bevölkerungsaustausch“, den die Regierung angeblich plane – Deutsche gegen Ausländer*innen.

Beleidigt, bedroht, bespuckt

„Früher hat sich keiner getraut, jetzt kommen sie aus ihren Löchern raus“, sagt Roland Dörfler, 67. Was sich verändert hat? „Mit dem Erstarken der AfD haben der Hass und die Hetze zugenommen.“ Als stellvertretender grüner Bürgermeister des oberbayerischen Städtchens Pfaffenhofen an der Ilm wurde er von Mitte 2015 an zur Reizfigur der Rechten. Im Ort hatte eine Moschee eröffnet, deren Bau Dörfler unterstützt hatte. Er bekam E-Mails mit Gewaltfantasien, man wolle ihn „aufschlitzen“, „ertränken“, man wisse, wo er, seine Familie, seine Freunde wohnten. Bis heute bekommt er alle paar Wochen wieder solche Nachrichten. Immer dann, wenn im Fernsehen oder im Radio über den Bau der Moschee und die Morddrohungen an ihn berichtet wird. „Dann erinnern die sich wieder daran“, sagt Roland Dörfler.

Das Gefühl Dörflers, die Bedrohungen und Angriffe auf Politiker*innen nähmen zu, bestätigt eine Umfrage im Auftrag des Politmagazins „report München“ unter 2.500 Bürgermeister*innen

Hass, Hetze, Gewalt. Unsere Demokratie hat Risse bekommen. Bedroht ist ihr Rückgrat, die Menschen, die sich jeden Tag für Politik in ihrem Wortsinn einsetzen: für „das, was die Stadt angeht“. Im antiken Athen bestimmte darüber die Volksversammlung. Die Bürger kamen zusammen, tauschten Argumente aus, bis die Mehrheit entschied. Am Ende akzeptierten alle das Ergebnis, selbst wenn sie mit ihrer Meinung unterlegen waren. Aber auch die erste Demokratie hatte Schatten-seiten wie diese: Demagogen konnten zu Wortführern werden. Und am Ende beschloss die Volksversammlung die Abschaffung ihrer eigenen Herrschaft.



in Deutschland. Die im März 2020 durchgeführte Befragung ergab, dass 64 Prozent von ihnen bereits beleidigt, beschimpft, bedroht oder tödlich angegriffen wurden. In 20 Prozent der Kommunen wurden zudem Verwaltungsmitarbeiter*innen und Gemeindevertreter*innen körperlich angegriffen, bespuckt oder geschlagen.

Es ist gefährlich geworden, Politiker*in zu sein.

Auch grüne Bundespolitiker*innen stehen auf Todeslisten rechtsextremer Gruppierungen. Journalist*innen wie der ehemalige Spiegel-Redakteur Hasnain Kazim und Künstler*innen wie der Pianist Igor Levit, die sich immer wieder öffentlich gegen Rechts-Extremismus positionieren, erhalten Morddrohungen, Levit auch wegen seiner Religionszugehörigkeit. Schon im Jahr 2011 sprach bei einem Abendessen mit „lauter zivilisierten Menschen“ ein Anwalt Igor Levit an und führte aus, Menschen wie er seien in „diesem Land nicht vorgesehen“ gewesen. Nach einem Konzert in der Berliner Philharmonie sagte ein Konzertbesucher zu ihm, er habe den Bach „ja toll“ gespielt, dabei habe er keine „kulturelle Herkunft“ dafür. Und in einer Drohung im vergangenen Herbst las der Pianist, man werde ihm, der „Juden-Sau“, „das Maul stopfen“. Levit musste Konzerte mit Bach, Brahms und Beethoven in Hessen und Nordrhein-Westfalen unter Polizeischutz spielen.

Das Gift völkischer Hetze

Anstatt sich in die weitgehend politikfreien Räume, in denen klassische Musik stattfindet, zurückzuziehen, empfindet Igor Levit es als seine künstlerische Pflicht, als die Pflicht eines jeden Menschen, sich „gegen Verrohung, Vergiftung und Abstumpfung“ und „für Menschenwürde, für Humanität, für Moral“ zu engagieren. Das schreibt der Künstler in einem Gastbeitrag, den er Ende Dezember im Tagesspiegel veröffentlicht hat. Angst habe er nicht um sich, sondern um „dieses Land. Mein Land. Unser Land“. Die Menschenwürde sei angreifbar geworden in Deutschland. „Das Gift rechtsradikaler, völkischer Hetze verbreitet sich langsam und schleichend.“

Die Betroffenen hören oft Sätze, die trösten und beruhigen sollen. „Es sind nur Worte“, oder „Hunde, die bellen, beißen nicht“. Aber aus Worten werden längst Taten. Die Polizei registrierte nach Informationen des Tagesspiegel für das Jahr 2019 bundesweit 20.856 Straftaten von Rechtsextremen, 1.839 antisemitische Straftaten wurden gezählt – das entspricht mindestens fünf Angriffen pro Tag, ein Höchststand.

Nach der Wahl des Grünen Belit Onay zum Oberbürgermeister von Hannover im vergangenen Herbst flog ein Stein in dessen Haustüre, er bekam Drohungen, man wisse, wo sein Kind in den Kindergarten ginge. Onays Eltern waren als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen. Das allein scheint auszureichen, dass Hass in Gewalt umschlägt. Einen rassistischen Hintergrund hat auch der Anschlag auf den Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby (SPD). Im Januar 2020 wurden die Bürofenster in seinem Wahlkreis Halle zerschossen. Eine Zäsur stellte der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 dar: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Politiker Mordopfer eines Rechtsextremen. Der CDU-Mann Lübcke musste sterben, weil er angeblich zur „Überflutung“ Deutschlands durch Flüchtlinge beitrug. Rassist*innen hatte Walter Lübcke im Jahr 2015 empfohlen, Deutschland zu verlassen, sollten sie dessen demokratische Werte nicht vertreten. In den sogenannten sozialen Medien brach deshalb ein Shitstorm über ihn herein.

Es ist gefährlich geworden, Politiker*in zu sein.

Schweigende Mitte

Martina Angermann, die ehemalige Bürgermeisterin von Arnsdorf, hat ihr Amt aufgegeben, sich aber entschieden, mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen. „So geht man nicht mit Menschen um“, sagt sie. Sie will zeigen, dass es Grenzen gibt. „Auch Kommunalpolitiker sind Menschen.“

Roland Dörfler, Bürgermeister von Pfaffenhofen, begann sich umzudrehen, wenn er jemanden hinter sich glaubte. Es ging ihm „an die Nieren“, als auch seine Freunde und Familie von den Bedrohungen betroffen waren. Sein Amt aufgeben? Das würde er nicht. „Das ist eine Mahnung, dass die Zeit nicht wiederkommen soll“, sagt er. Er meint die Zeit des Nationalsozialismus.

Annalena Schmidt, 33, parteilose Stadträtin für die Grünen in Bautzen, fragt sich manchmal, warum sie sich das antut: die Anpöbelungen und Drohungen, die sie als Kommunalpolitikerin aushalten muss. Sie hat in Geschichte über den Holocaust promoviert und führt in der Kinder- und Jugendhilfe der Diakonie Sachsen Projekte zur Rechtsextremismus-Prävention durch, 40 Stunden in der Woche. Die Arbeit für die Gemeinde kommt oben drauf. Stadtratsarbeit ist ehrenamtlich.

Die Drohungen an Annalena Schmidt kamen zuerst über Facebook, in Kommentaren und als Direktnachricht, anfangs hat sie diese sofort gelöscht. Als im März vergangenen Jahres ihr Handy klingelte und eine Stimme ihr drohte, sie werde „langsam und qualvoll“ sterben, ging Schmidt zur Polizei und zeigte den Anrufer an.

Ermitteln konnte die Polizei nur, dass die Person, die Annalena Schmidt mit dem Tod drohte, nicht aus Berlin oder Hamburg anrief, sondern von einer Telefonzelle in Bautzen. Ganz in der Nähe. Seitdem geht sie lieber in Dresden in den Supermarkt. Im Juni kam der Bescheid, das Verfahren werde eingestellt. Das war in der Woche, in der Walter Lübcke, der Kasseler Regierungspräsident, ermordet wurde.

Auch zwei der Anzeigen, die Martina Angermann gestellt hat, sind immer noch unbearbeitet, Urteile wurden nicht gefällt. „Das wäre aber unbedingt notwendig, um die Menschen zu stärken, die bisher keinen Einspruch erheben“, sagt sie. „Die Mitte duckt sich ab und schaut zu. Das kann man ihr auch nicht verübeln. Sie haben Angst um ihre Familien.“ Immerhin hat die Bundesregierung inzwischen eine Verschärfung des Strafrechts auf den Weg gebracht: Künftig sollen nicht mehr nur Bundes- oder Landespolitiker*innen, sondern ausdrücklich auch Kommunalpolitiker*innen durch ein höheres Strafmaß besser vor Verleumdung und übler Nachrede geschützt werden.

Ohne Freiheit keine Demokratie: Für den französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) konnte ein politisches System nur rechtmäßig sein, wenn es den frei geäußerten Willen der Menschen umsetzt. Volkssouveränität first. Ein Ansatz, der von Rechtspopulist*innen missbraucht wird. Sie deuten den Gemeinwillen um und behaupten, sie allein wüssten, was das Volk wünscht. Wer dazu gehört – und wer nicht – bestimmen sie selbst, Minderheiten und Andersdenkende haben sich zu unterwerfen. Zerbricht ihre Freiheit, zerbricht unsere Demokratie. Wir werden sie verteidigen.

Die meisten Drohungen an Roland Dörfler wurden von Internetcafés aus geschrieben. Die Polizei konnte die Absender*innen nicht ermitteln. Einen Täter konnte sie feststellen, ein Mann aus Berlin. Er wurde mit 2.500 Euro belangt.

Noch immer bekommt Annalena Schmidt Hass-mails. Aber sie bringt nicht jede zur Anzeige. Jedes Mal würde sie eine Stunde auf der Wache sitzen, und bisher laufen die meisten Anzeigen, die Betroffene stellen, ins Leere. Wenn die Ermittlungen selten zu Verurteilungen führen, bestärkt das die Täter und lässt die Opfer wehrlos zurück. „Die Erfahrung, dass das Verfahren eingestellt wird, macht mehr mit einem als die Drohung selbst“, sagt Schmidt.

Zwar habe sie viel Solidarität erfahren, im vergangenen Frühling, im Wahlkampf, sei auch Grünen-Chef Robert Habeck nach Bautzen gekommen. „Sie stehen hinter mir“, sagt Annalena Schmidt, das stärke ihr den Rücken. „Aber die Bundespolitiker*innen können nicht schützend vor einem stehen.“

System der Hetze

Für manche Spitzenpolitiker*innen gibt es Personenschutz, für Kommunalpolitiker*innen gilt das nicht. Wenn sie sich nicht mehr trauen, ihre Arbeit zu tun, dann bricht die Basis der Demokratie zusammen. Sie setzen sich in ihrer Freizeit für ihre Gemeinden ein, sie diskutieren, streiten und suchen Lösungen dafür, wo die Umgehungsstraße entlangführen, wo der neue Spielplatz gebaut werden soll, und sie tun das nach ihrer Erwerbsarbeit ehrenamtlich. Was wäre, wenn niemand mehr ein Amt übernehme, um sich in Gemeinden einzusetzen, wer würde in die Lücken drängen?

Die Opfer müssen wirkungsvoll geschützt werden, sagt Irene Mihalic, innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Im Oktober 2019 hat ihre Fraktion den Antrag „Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegenzutreten“ im Bundestag gestellt. Unter anderem fordert sie darin, Kommunalpolitiker*innen und People of Color, die auf Feindeslisten von Rechtsextremen stehen, klare Informations- und Unterstützungsangebote zu machen und flächendeckend Opferberatungsstellen zu finanzieren. Der Antrag bekam im Parlament keine Mehrheit.

„Das Erste, was der Bundesregierung einfällt, sind Gesetzesverschärfungen. Egal, ob diese real etwas bringen oder nicht“, sagt Irene Mihalic. „Wir müssen die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden ausbauen, sie organisatorisch besser aufstellen und die Zivilgesellschaft fördern.“ Sie vermutet ein System hinter der Hetze und den Bedrohungen.

Irene Mihalic hat im NSU-Untersuchungsausschuss gesessen. Bislang werde offiziell von rund 59 Gefährdungen gesprochen, eine absurd geringe Zahl. Von Journalist*innen, nicht vom Verfassungsschutz, habe Mihalic erfahren, sagt sie, wie sich rechtsextreme Gruppierungen vernetzen. Die Ideologie vom Kampf gegen einen fantasierten „Bevölkerungsaustausch“ verbindet die rechtsextremen Strömungen. Sie wird zu

Was wäre, wenn niemand mehr ein Amt übernehme, wer würde in die Lücken drängen?

einem globalen Phänomen. Sie findet sich unter anderem im Bekennerschreiben des Massenmörders von Christchurch, bei Mitgliedern der Neuen Rechten, der „Identitären Bewegung“ sowie in Reden verschiedener Landtags- und Bundestagsabgeordneter der AfD. Auch der Anschlag in Hanau im Februar, bei dem der Attentäter neun Menschen und seine Mutter ermordete und sich anschließend selbst erschoss, hat einen rechtsextremen, rassistischen Hintergrund.

„Es ist kein Zufall, dass sich der Attentäter von Christchurch auf Anders Breivik beruft, den Attentäter von Oslo und Utøya“, sagt Irene Mihalic. Es seien immer „sozial isolierte Männer, die sich hauptsächlich im Internet radikalisieren und dann ihre Ideologien auf eigene Faust zusammenbasteln“, zitiert der Spiegel den Terrorismusexperten Peter Neumann vom Londoner King's College.

Attentäter beziehen sich aufeinander, ein Hasskommentar im Internet ermutigt andere, auf Facebook beispielsweise, ebenfalls solche Posts zu schreiben. Der Hass potenziert sich, ein Schneeballprinzip, aus dem ein Dilemma erwächst. Einerseits muss über diese Taten berichtet werden und sollen die Betroffenen öffentlich machen, was ihnen widerfährt, sie müssen zeigen, dass sie es nicht dulden; die Täter sollen aktenkundig werden. Andererseits rufen Berichte meistens weitere Hater auf den Plan.

Grüner Aktionsplan gegen Rassismus

Am 19. Februar hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, der neue Regeln und Strafvorschärfungen im Kampf gegen Hasskriminalität, bei Morddrohungen, Gewalt gegen Beschäftigte in Rettungsstellen und gegen antisemitisch motivierte Straftaten vorsieht. Große soziale Netzwerke müssen strafbare Inhalte nun melden, dafür soll beim Bundeskriminalamt eine neue Zentralstelle eingerichtet werden. Bislang waren die Anbieter nur dazu verpflichtet, diese Inhalte zu löschen oder zu sperren.

„Der Gesetzesentwurf ist zwar grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, weist aber in einigen Bereichen erhebliche Mängel auf“, sagt Irene Mihalic. Die Perspektive der Betroffenen von Hass und Hetze finde zu wenig Beachtung. „Zu ihrer Unterstützung benötigen wir eine Taskforce im Bundesinnenministerium, die als zentrale Anlaufstelle fungiert und an die sich nicht nur Kommunalpolitiker*innen, sondern auch von Rassismus Betroffene wenden können.“ Darüber hinaus bestehe auch beim Opferchutz und bei der geplanten Zentralstelle beim Bundeskriminalamt Nachbesserungsbedarf. Diese Forderungen hat der grüne Parteirat aufgegriffen und Anfang März einen Aktionsplan gegen Rassismus mit einem ganzen Paket an weiteren Maßnahmen beschlossen. So soll das Waffenrecht verschärft werden und ein Demokratiefördergesetz soll helfen, politische Bildung, antirassistische Initiativen und Opferhilfe besser zu fördern. Zudem soll der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

Seit Jahren erhält der ehemalige Spiegel-Redakteur Hasnain Kazim Schmähpst, offenbar weil sein Name in manchen Ohren abenteuerlich anders klingt. Nach einem Tweet, in dem er sich im vergangenen November klar gegen die AfD und ihre Wähler*innen



MACH MIT BEI UNSERER NETZFEUERWEHR

Wir überlassen das Netz nicht den rechten Trollen und dem Hass.

Wir halten mit unserer grünen Netzfeuerwehr dagegen. Du möchtest mit uns die sozialen Netzwerke gegen Rechts verteidigen und zeigen, dass demokratisch und zivilisiert diskutieren auf Facebook und Twitter möglich ist? Dann melde dich als grünes Mitglied jetzt an und werde Teil der Netzfeuerwehr!

Hier anmelden:

www.gruene.de/netzfeuerwehr

Mehr zum grünen Aktionsplan gegen Rassismus:

www.gruene.de/aktionsplan

positionierte, hat auch er täglich Hunderte, manchmal mehr als tausend Zuschriften erhalten. „Darunter täglich ein Dutzend Morddrohungen, fast 400 insgesamt.“ Nachrichten wie diese: „Ein Baum, ein Strick, ein Pressegenick“. Er habe auch erfahren, dass er auf sogenannten Feindes- und Todeslisten stünde, aber die Jurist*innen sagten ihm, solange da nur seine E-Mail-Adresse und Zitate von ihm zu lesen seien, „könne man dagegen rechtlich nichts machen.“ Im Umfeld, unter Freunden, Redaktionskolleg*innen herrsche Ratlosigkeit. Kazim schreibt: „Es gibt keine Arbeitsgruppen, keine Taskforce, keinen Plan. [...] Ich nehme eine Gleichgültigkeit der Massen wahr. Wir sind immun geworden gegen den Hass.“ Kazim zieht sich nicht aus der Öffentlichkeit zurück. Was aber verloren gegangen sei, schreibt er, sei die Leichtigkeit, die Freude an der Debatte, an der Auseinandersetzung.

Die Demokratie lebt von dieser Freude an der Debatte, dem Austarieren von Meinungen, der Suche nach Kompromissen. Was, wenn die Mehrheit sich ins Schweigen zurückzieht und die rechtsextreme Minderheit dafür umso lauter wird?

Die Demokratie verteidigen

„Die Rechten haben gut verstanden, wie das Internet funktioniert“, sagt Marlene Schönberger, 29. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft an der LMU in München, promoviert in Politischer Theorie und sitzt seit 2017 für die Grünen im Gemeinderat von Adlkofen im Landkreis Landshut,

Niederbayern. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Frage, was getan werden kann, um demokratische Werte in der Gesellschaft zu stärken, damit die Masse nicht schweigt, wie sie es bisher noch zu oft tut, sondern für demokratische Werte eintritt und sie verteidigt. Von privaten Stiftungen gebe es Projekte, sagt sie, aber staatlich finanzierte Projekte, die etwa an Schulen durchgeführt würden, fehlten weitgehend.

Während Rechtspopulist*innen mit Emotionen und Bildern von „Heimat“ arbeiten und Sehnsüchte nach einem Zustand schüren wollen, den es so niemals gegeben hat, gibt es kein vergleichbares demokratisches Narrativ, das Gefühle anspricht und Bilder hervorruft. Emotionen lassen sich auch schwer mit Argumenten begegnen. „Die Errungenschaften der Demokratie wie Freiheit, Menschenrechte, Pressefreiheit müssen stärker ins Bewusstsein der Menschen gebracht werden“, sagt Marlene Schönberger, die selbst Drohungen bekommen hat. Die erste bekam sie von einer Person, die sie aus dem Gemeinderat kennt. Über Facebook ließ die Person Schönberger wissen, „Asylanten“ sollten sie „vergewaltigen“. Damals ist sie erschrocken und hat die Nachricht gelöscht. „Dafür habe ich nun keinen Beweis mehr“, sagt sie. „Jetzt dokumentiere ich alles, bevor ich es lösche.“

Als sie für den Bayerischen Landtag kandidierte, drehte sie mit der Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze ein Video, um gegen Abschiebungen von Asylbewerber*innen nach Afghanistan zu protestieren. Hunderttausende hatten das Video gesehen, über 3.000 Nachrichten haben sie dann erreicht, zum Teil mit Vergewaltigungs- und Morddrohungen gegen sie und ihre Mutter, zum Teil mit entstellenden Fotomontagen. „Zutiefst rassistisch und voller Frauenhass“, sagt Schönberger. Sie machte Screenshots von den Posts und Nachrichten und löschte die Originale sofort aus dem Netz. Damit verbrachten sie und das Wahlkampfbüro Stunden und Tage.

Aber aufgeben würde sie nicht, obwohl ihre Mutter sich sorgt und wünscht, dass ihre Tochter nicht „diesen Kampf“ kämpfe. „Ich lasse mich nicht ausbremsen“, sagt Marlene Schönberger. „Wenn ich sehe, wie viele das sind, motiviert mich das sogar. Wir dürfen ihnen nicht das Feld überlassen.“

So sieht das auch Martina Angermann, die ehemalige Bürgermeisterin im sächsischen Arnsdorf. Zwar haben die Hetze und Morddrohungen, denen Angermann über viele Jahre ausgesetzt war, viel Kraft gekostet. Aber sie sagt: „Ich würde alles wieder so machen.“ Vielleicht wäre sie heute noch im Amt, wenn sie mehr Unterstützung erfahren hätte – wenn die sächsische Polizei ihre Anzeigen bearbeitet, die Bundespolitik stärker reagiert und die Mehrheit nicht geschwiegen hätte.

„Wir müssen digitale Zivilcourage zeigen“

Das Internet beschleunigt die Verbreitung von Lügen und wird so zu einer Gefahr für die Demokratie. Was können Politiker*innen, Plattformen und User*innen tun, um die Wahrheit im Netz zu verteidigen? Ein Gespräch mit der Journalistin und Publizistin Ingrid Brodnig.

Autorin: Julia Decker

Gerade in Zeiten der Verunsicherung, wie jetzt in der Corona-Krise, machen viele Falschmeldungen die Runde. Warum?

Es gibt mehrere Faktoren, die helfen, Desinformation zu verbreiten. Erstens die Emotionalität: Je emotionaler wir selbst gerade sind, desto empfänglicher sind wir für brisante neue Informationen. Manche Falschmeldungen klingen auch angsteinflößend. Solche Meldungen haben eine höhere Chance, von vielen Menschen weitergeleitet zu werden. Der zweite wichtige Punkt ist: Manche Falschmeldungen sind so erfolgreich, weil Menschen daran glauben wollen. Zum Beispiel kursieren viele Behauptungen, was gegen Covid-19 hilft. So heißt es zum Beispiel, Vitamin C würde das Virus abtöten. Es wird geteilt, weil Menschen gerne glauben wollen, dass es ein simples Gegenmittel gibt. Das nennt man „motiviertes Denken“: Wir glauben oft an jene Dinge, die uns wünschenswert erscheinen. **Können Sie sich noch an die erste Lüge erinnern, die Sie im Netz gesehen haben?** Mir sind schon so viele Unwahrheiten untergekommen, ich kann aber eine nennen, der ich oft begegne: 2016 hieß es, die deutsche Bundesregierung würde geflüchtete Menschen heimlich in der Nacht einfliegen. Das ist Unsinn. Ich interviewe immer wieder Bürger*innen, die flüchtlingskritische Quellen im Netz lesen: Und oft erzählen die diese Geschichte – sogar Jahre später.

Warum macht es das Netz den Lügner*innen so leicht?

Soziale Medien sind so gebaut, dass sie jene Inhalte einblenden, über die Menschen reden, die sie kommentieren, liken. Wenn User*innen gut unterhalten sind, verbringen sie viel Zeit auf der Seite und die Seite kann ihnen viel Werbung einblenden. Gerade wenn Menschen wütend sind, klicken sie öfters auf Inhalte, verbreiten diese stärker. Diese Logik nützt auch der Desinformation: Die ist oft knackig, aufwühlend. Von solchen Mechanismen profitieren auch Populist*innen.

Kann man sagen, dass soziale Medien das Schmiermittel des Populismus sind?

Ich würde soziale Medien eher als Katalysator bezeichnen: Sie helfen beim Ausstoß des Populismus. Die Rhetorik der Populist*innen stößt auf Resonanz – da sind nicht die sozialen Medien die Ursache, aber sie beschleunigen und unterstützen womöglich diese Entwicklung.

Wie lassen sich gezielte Desinformationen verhindern?

Leider können wir nicht ausreichend untersuchen, welche Informationen von den Netzwerken bevorzugt werden, da die Algorithmen der sozialen Netzwerke geheim sind. Wir können erst dann wirklich inhaltliche Debatten führen, wenn wir wissen, was die Software in etwa macht. Die großen Plattformen müssten der Wissenschaft echte Transparenz anbieten.

Wut und Hass verbreiten sich einfach schneller. Was könnte man tun, um die Fakten interessanter zu machen?

Wir brauchen ein gesellschaftliches Überkommen: Politik muss nicht immer brisant sein. Politik braucht Räume, in denen Emotion aus der Debatte genommen ist und Themen differenziert angeschaut werden. Eine Politik, die nur über Leidenschaft und nur über Aufregen angetrieben wird, wird am Ende sehr undifferenziert sein. In einer funktionierenden Demokratie brauchen wir die Möglichkeit, langsam und nachdenklich zu diskutieren. Dennoch: Fakten werden oft langweiliger und komplizierter übergebracht als nötig. Wir müssen Fakten so aufbereiten, dass sie leicht zugänglich sind.

Wie könnte das aussehen?

Man versteht auf den ersten Blick, was Falschmeldungen einem einreden möchten. Sie sind klar, griffig, transportieren oft ein schlichtes Bild, das manipuliert oder in falschen Kontext gesetzt wurde. Fakten dagegen werden meist in langen Texten präsentiert, umständlich formuliert.

Die Politik muss daran arbeiten, Fakten – soweit es geht – verständlich und greifbar zu machen. Es hilft, wenn wissenschaftliche, messbare Daten einfach dargestellt werden, zum Beispiel als Bild.

Politische Zusammenhänge sind komplex...

Stimmt, aber als Partei muss man an den Narrativen dranhängen und sie immer und immer wiederholen – irgendwann werden sie verstanden. Die Wiederholung ist sehr mächtig. Eine Behauptung, die ich öfter höre, halte ich eher für wahr. Das nennt man den Wahrheitseffekt. Demokratische Parteien sollten nicht so oft von einem Thema zum nächsten springen. Sie sollten in ihrer Kommunikation beständiger werden.

Vor 20 Jahren waren Sie begeistert vom Internet. Sind Sie heute kritischer?

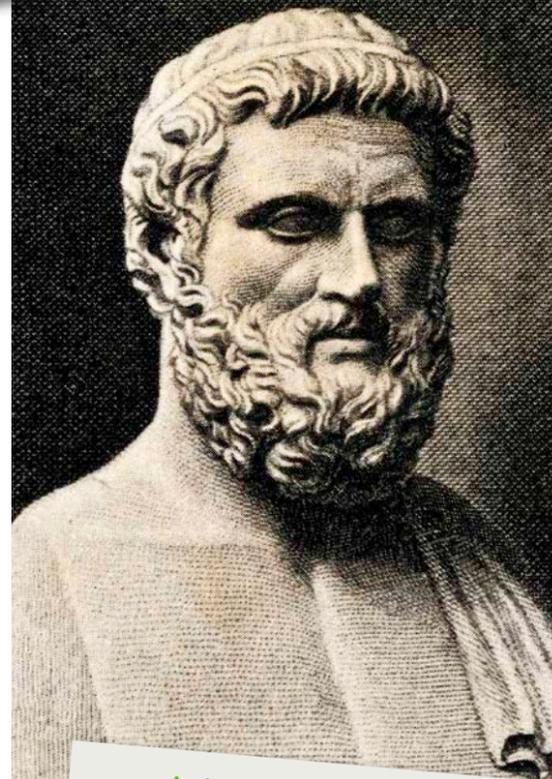
Ich glaube, das Internet hat nach wie vor das Potenzial, ein Tool der Aufklärung und auch der Völkerverständigung zu sein. Aber nur, wenn wir sicherstellen, dass Propaganda nicht ständig schneller um die Erde reist als Fakten. Wir müssen an den Sicherheitsinstrumenten arbeiten.

Wer, die Politik oder wir als Privatpersonen?

Erst einmal zur Politik: Auch beim Auto haben wir Schritt für Schritt Sicherheitsstandards eingeführt: Es gibt einen Airbag. Man muss sich anschnallen. Jedes Auto hat eine gewisse Anzahl von Lichtern, Scheinwerfern. In allen Wirtschaftsbereichen braucht es gewisse Sicherheitsstandards – warum soll es im Internet anders sein?

Was könnte die Entwicklung von Mindeststandards beschleunigen?

Lange Zeit lautete das Motto von Facebook: „Move fast and break things.“ Das ist für ein Startup eine geschickte Wachstumsstrategie, aber kein gutes Motto für unseren Rechtsstaat. Rechtsstaatlichkeit zeichnet sich durch gründliches Nachdenken aus, alle Betroffenen dürfen zu Wort kommen und nach diesem Abbildungsprozess wird eine Balance in Richtlinien oder Gesetzesvorgaben gefunden. Den Rechtsstaat können wir nicht im Eiltempo ummodellieren. Wir brauchen dann aber eine Politik, die sich traut, auch nachträglich strenge Vorgaben zu machen. **Die Bundesregierung hat kürzlich ein Gesetzespaket gegen Hasskriminalität beschlossen.**



Auch wenn ihre Gegner im Schutz der Anonymität agieren: Eine wehrhafte Demokratie lebt von Zivilcourage und der Kraft der Kooperation. Das erkannte Solon (circa 640–561/558 v. Chr.) schon vor mehr als 2.500 Jahren. Kaum etwas fürchtete der Staatsmann mehr als die Gleichgültigkeit der Bürger. Auf Solon geht ein Gesetz zurück, das jeden verpflichtete, sich im Fall eines Konflikts, der die Bürgerschaft gewaltsam zu spalten drohte, auf eine Seite zu stellen – und klar Position zu beziehen.

Gut sind darin die Ansätze, die die Rechte von Betroffenen stärken. Man kann zum Beispiel widersprechen und weitere Informationen einfordern, wenn das eigene Posting entfernt wurde – oder wenn das Posting, das man selbst gemeldet hat, nicht entfernt wurde. Das heißt, Plattformen müssen dann stärker auf Kritik an ihren Entscheidungen reagieren. Wo ich skeptischer bin, ist die Meldepflicht der Plattformen. Facebook und Co. sollen Postings, die etwa potenziell Volksverhetzung oder Gewaltdrohungen darstellen, dem Bundeskriminalamt melden – inklusive IP-Adresse der jeweiligen Accounts.

Damit besonders üble Postings auch juristisch verfolgt werden können?

Genau. Aber das wirft die grundsätzliche Frage auf, ob diese Form der Datenweitergabe zu weit geht – Facebook und Co. sind keine Strafverfolgungsbehörden. Auch in praktischer Hinsicht stellt sich die Frage, ob die deutsche Justiz genügend Personal hätte, all diese Fälle ernsthaft zu verfolgen. **Was sollten die großen Internetunternehmen gegen gezielte Propaganda tun?**

Sie können Algorithmen entwickeln, die mehr auf einen pluralistischen Austausch ausgelegt oder zumindest weniger emotionslastig sind. Und sie sollten definitiv transparenter sein. Auch wir Bürger selbst können auf unser Handeln achten. Wir sollten nicht im Affekt Falschmeldungen verbreiten. Wir sollten in unserem Umkreis digitale Zivilcourage zeigen und sagen: „Ich habe gesehen, dass du das postest, aber das ist eine ganz unseriöse Quelle.“

Sollte Facebook darauf hinweisen, wenn Politiker*innen Lügen verbreiten?

Natürlich. Diese Debatte läuft seit ein paar Monaten, weil in den USA viel Angst vor dem Präsidentschaftswahlkampf herrscht. Wenn ein privater Account eine Falschnachricht verbreitet, dann kann es unter dem Post einen Hinweis von Facebook zum Faktencheck geben. In Deutschland kooperiert das Unternehmen dazu etwa mit den Faktencheckern der Plattform „Correctiv“. Aber Facebook weigert sich, bei Politiker*innen genauso vorzugehen.

Was kann ich selbst tun, um allgemein Lügen und Falschmeldungen zu erkennen?

Sehr viele Faktenchecks und eine Einordnung bieten die Faktenfinder der ARD, tagesschau.de/faktenfinder. Wenn Sie eine brisante Meldung lesen und überprüfen wollen, können Sie Folgendes machen, wir nehmen das Beispiel Corona: Sie googeln dann die Schlagworte, in dem Fall vielleicht „Corona-Virus Vitamin C Faktencheck“.

Und finden sofort den Faktencheck, dass Vitamin C nicht das Corona-Virus abtötet. Auch bei „Correctiv“ gibt es ein Faktenportal zu Corona.

Sie untersuchen, wie das Netz auf die Corona-Krise reagiert. Was fällt Ihnen auf?

Neben Desinformation, wilden Gerüchten, Meinungsmache – sehe ich extrem viel Positives: Auch online bedanken sich Menschen bei jenen, die für sie weiterhin aktiv sind wie das Personal im Supermarkt oder in den Krankenhäusern. Online wurden auch Initiativen wie die #Nachbarschaftschallenge gestartet, bei der User*innen in ihrer Nachbarschaft Hinweise aufhängen und anbieten, für ältere Menschen oder Menschen mit schwachem Immunsystem einkaufen zu gehen. Im Netz werden oft auch die schönen Seiten von uns Menschen sichtbar – wie Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Wie kann man die Wahrheit im Netz stärken?

Ein Beispiel: Oft wird behauptet, Barack Obama sei Moslem. Und der erste Impuls von uns ist zu sagen: „Nein, Barack Obama ist kein Moslem.“ So wiederholt man das Falsche und setzt nur ein „nein“ und „kein“ davor. Zielführender ist es, bei der Richtigstellung das Richtige auch wirklich zu betonen, zum Beispiel zu sagen: Barack Obama ist Christ.

Aber warum sollte man mir glauben?

Bei besonders umkämpften Themengebieten gibt es immer einen Teil der User*innen, die Ihnen nie glauben werden. Sie können die besten Belege der Welt, die am leichtesten verständlichen Fakten vorbringen – es wird immer heißen: Die sind ja alle gekauft! Diese Personen werden Sie nicht erreichen, aber es gibt viele in der Mitte. Die sind einfach verunsichert, aber haben noch keine gefestigte Meinung. Und die gilt es zu erreichen. Mit Fakten. Wir dürfen sie nicht den Lügen im Netz überlassen.

INGRID BRODNIG

Die österreichische Journalistin, Kolumnistin und Netzexpertin Ingrid Brodnig analysiert in ihren Büchern Kommunikationsprobleme im Internet. 2019 erschien ihr Buch „Übermacht im Netz: Warum wir für ein gerechtes Internet kämpfen müssen“.

Mehr direkte Demokratie wagen?

Ja, sagt Edgar Grande, Politologe und Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung. Wir müssen direkt-demokratische Elemente nur klug mit anderen Möglichkeiten der Beteiligung verzahnen.

Dass die repräsentative Demokratie in einer Krise steckt, ist bekannt. Da ist zunächst die Zusammensetzung unserer Parlamente: Sie sind kein Spiegelbild der Gesellschaft – Menschen mit Migrationshintergrund, Junge, Frauen und Nicht-Akademiker*innen sind nicht angemessen vertreten. Das Mantra der Alternativlosigkeit und eine Taktik der asymmetrischen Demobilisierung – man will durch das Vermeiden kontroverser Themen im Wahlkampf erreichen, dass die Wähler*innen der politischen Konkurrenten nicht zur Wahl gehen – haben dann jenes Gelegenheitsfenster geöffnet, in dem eine AfD stark werden konnte.

Hinzu kommt, dass gerade wichtige Entscheidungen nicht im parlamentarischen Rahmen getroffen werden und so von außen kaum nachvollziehbar sind. Das politische System Deutschlands trägt starke Züge einer „Verhandlungsdemokratie“. Umso wichtiger ist es, den Bürger*innen diese Entscheidungen dann gut zu erklären. Wenn das versäumt wird, entsteht der Eindruck einer geheimen „Hinterzimmerpolitik“, was für eine wachsende Kluft zwischen den Bürger*innen und Politiker*innen sorgt – das bestätigen viele Umfragen.

Das Debakel von Thüringen ist ein aktuelles Beispiel hierfür. Dass sich der Kandidat der kleinsten im Landtag vertretenen Partei zum Ministerpräsidenten wählen lässt – mit den Stimmen der AfD – und die Wahl dann annimmt, das hat viele zu Recht empört. Aber auch die sich daran anschließenden Machtspiele der Parteien um die Wahl Bodo Ramelow und die Festsetzung von Neuwahlen erst im April 2021 haben nur wenige Bürger*innen verstehen können.

Diese Defizite der repräsentativen Demokratie und den daraus resultierenden Demokratieverdross der Bürger halte ich für so gravierend, dass wir dringend über Möglichkeiten nachdenken müssen, wie wir unser demokratisches System verbessern können.

Erste ernsthafte Reformbemühungen gab es Anfang der 90er-Jahre. In der Verfassungsdiskussion nach der Wende kam der Vorschlag auf, auch auf Bundesebene die Möglichkeit von Volksbegehren einzuführen. Das Grundgesetz würde dies ja durchaus zulassen, dort ist in Artikel 20 ausdrücklich von „Wahlen und Abstimmungen“ die Rede. Die damals angestrebte Reform des Grundgesetzes fand viel Zustimmung, jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Heute dient der Brexit den Kritiker*innen der direkten Demokratie als abschreckendes Beispiel, auch weil in diesem Referendum die Demagogen so viel Raum hatten. Dort wo eine starke Polarisierung im Parteiensystem herrscht, besteht zudem die Gefahr, dass Referenden zur Verstärkung von Konflikten und zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Trotzdem plädiere ich für mehr direkte Demokratie. Denn das Brexit-Beispiel spricht nicht grundsätzlich gegen Referenden.

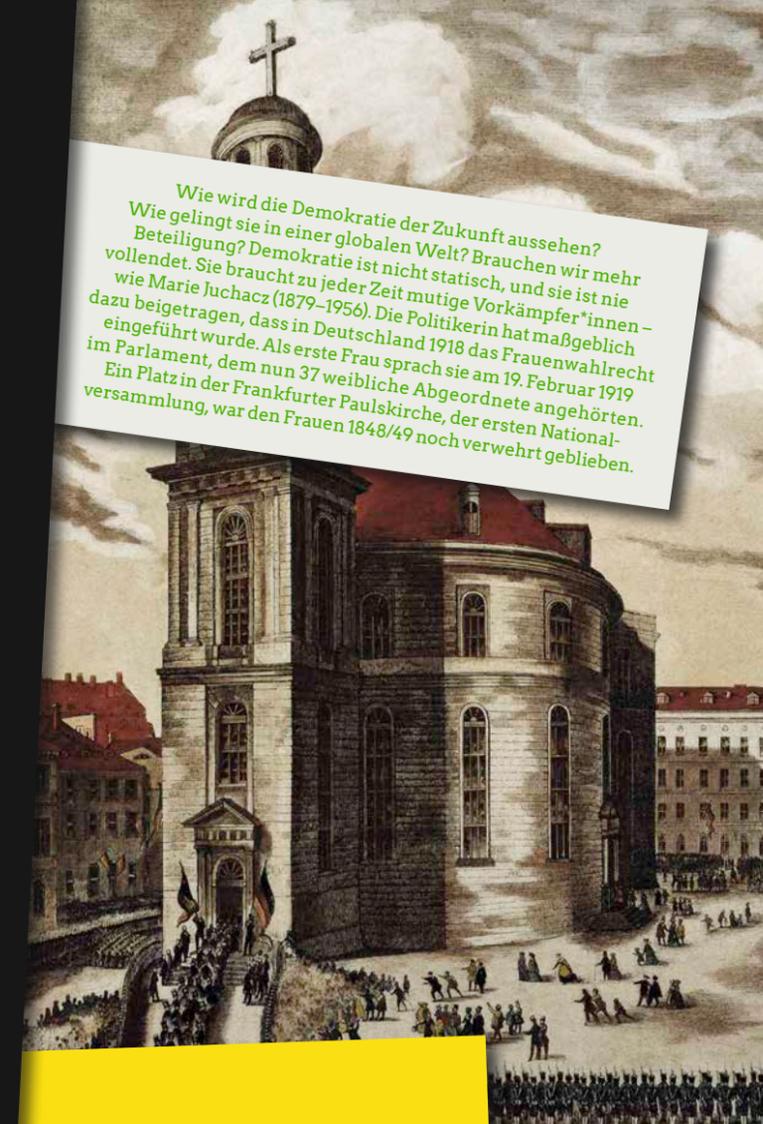
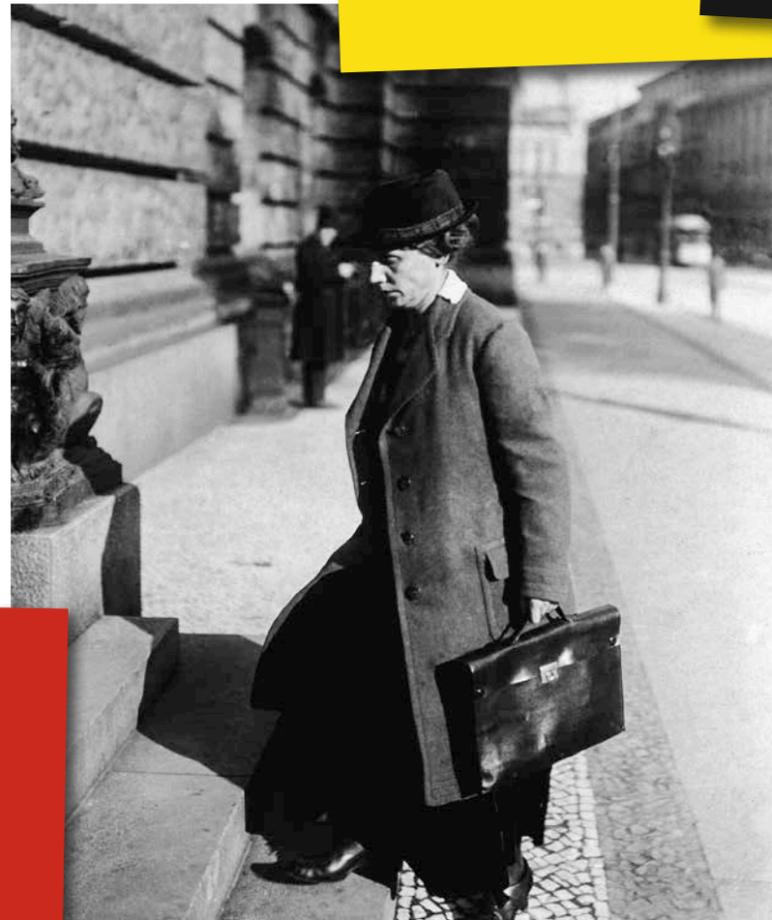
Es zeigt vor allem, dass die Wirkung von Referenden stark von ihrem politischen und institutionellen Kontext abhängt. Wenn Referenden von einer sach- und lösungsorientierten Grundhaltung geprägt sind, können sie dazu beitragen, die Demokratie nachhaltig zu stärken und ihren Gegner*innen den Raum zu nehmen.

Die Frage ist, wie man das erreichen kann. Aus meiner Sicht spielen konsultative Bürgerräte dabei eine wichtige Rolle. Sie sind eine dritte Möglichkeit, zusätzlich zu Wahlen und Referenden die Bürger stärker an Entscheidungen zu beteiligen (siehe dazu Seite 19, Anm. d. Red.).

Es ist wichtig, den Blick zu öffnen und direkte und repräsentative Demokratie nicht länger als Gegenspieler zu sehen. Letztlich geht es darum, den Instrumentenkasten der Demokratie zu erweitern. Deswegen mache ich mich stark für ein neues demokratisches Dreieck aus parlamentarischer Demokratie, direkt-demokratischen Elementen und konsultativen Bürgerräten – und insgesamt für mehr Experimentierfreude. Dann haben wir die Chance, dass sich wieder mehr Menschen für die Demokratie interessieren und engagieren.

PROF. EDGAR GRANDE

Bereits im Jahr 2008 hatte Edgar Grande in dem Buch „West European Politics in the Age of Globalization“ die Polarisierung des deutschen Parteiensystems prognostiziert. Heute wünscht er sich, er hätte sich damals geirrt.



Wie wird die Demokratie der Zukunft aussehen? Wie gelingt sie in einer globalen Welt? Brauchen wir mehr Beteiligung? Demokratie ist nicht statisch, und sie ist nie vollendet. Sie braucht zu jeder Zeit mutige Vorkämpfer*innen – wie Marie Juchacz (1879–1956). Die Politikerin hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in Deutschland 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Als erste Frau sprach sie am 19. Februar 1919 im Parlament, dem nun 37 weibliche Abgeordnete angehörten. Ein Platz in der Frankfurter Paulskirche, der ersten Nationalversammlung, war den Frauen 1848/49 noch verwehrt geblieben.

Mehr direkte Demokratie wagen?

Nein, sagt die emeritierte Professorin für Rechtswissenschaft, Regina Ogorek. Sie würde nur den Falschen in die Hände spielen.

Endlich Mitbestimmungsrechte auf Bundesebene! Diese Forderung ertönt in jüngster Zeit immer öfter und lauter, scheint mehr direkte Beteiligung doch ein probates Mittel gegen die wachsende Demokratieverdrossenheit zu sein. Und, ich gebe es zu, es klingt zunächst verlockend. So hat denn auch im Herbst 2017 die Partei Die Linke den „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der direkten Demokratie im Grundgesetz“ vorgelegt. Bekäme dieser Vorschlag die erforderliche parlamentarische Mehrheit, würden wir uns in Deutschland dem viel gepriesenen Schweizer Modell stark annähern. Doch spätestens die Tatsache, dass auch die AfD das Schweizer Modell favorisiert („von der Schweiz lernen“), lässt aufhorchen.

Zunächst: Die Schweizer haben ihre direktdemokratischen Praktiken mehr als 150 Jahre lang eingeübt – ihre politische Kultur unterscheidet sich von unserer grundlegend. Im Alpenstaat wird vor allem der Konsens hochgehalten. So steht gemäß dem

Konkordanzprinzip der Schweizer Regierung (sieben Bundesräte) keine Opposition gegenüber. Vielmehr sind alle großen Parteien entsprechend ihrem Stimmenanteil in der Regierung vertreten. Außerdem verpflichtet das in der Verfassung verankerte Milizsystem die Schweizer*innen auf gemeinwohlbezogene Tätigkeiten und befördert die Bereitschaft, auch im Abstimmungsverhalten für die Allgemeinheit Verantwortung zu übernehmen. Mangels einer solchen Tradition scheinen hierzulande eher individuelle Interessen die politische Partizipation zu dominieren – sehen wir uns nur einmal die Ablehnung der Berliner*innen einer teilweisen Bebauung des Tempelhofer Feldes (20 Prozent) an. Hier stimmten die Ansässigen dafür, ihre schöne Freifläche zu behalten (100 Prozent); der dramatische Wohnungsbedarf zukünftiger Berliner*innen war ihnen offenbar herzlich egal.

Und dennoch: Auch die Schweizer haben mit den Tücken ihrer Direktdemokratie zu kämpfen. Ein Beispiel: Die sogenannte Abzocker-Initiative. Sie wurde 2013 als Volksinitiative vom Kleinunternehmer Thomas Minder lanciert, um die oft obszön hohen Gehälter des Top-Managements zu begrenzen; 68 Prozent der Bevölkerung stimmten dafür. Später ergaben Umfragen, dass gut 90 Prozent der Abstimmenden glaubten, sie hätten tatsächlich Einfluss auf die Höhe der Gehälter genommen. Was aber aus arbeitsrechtlichen Gründen in der gewünschten Form gar nicht möglich war. Die erzwungene Transparenz stellte sich sogar als kontraproduktiv heraus und führte vielfach sogar zu einer Erhöhung der Spitzengehälter.

Womit ich beim Punkt bin: Direkte Demokratie auf kommunaler und auf Länderebene – schön und gut. Wenn es aber in den Bereich der nationalen oder internationalen Gesetzgebung hineingeht, wird alles sehr schnell sehr komplex. Das spielt natürlich jenen in die Hände, die die Initiativen und Referenden vorbereiten, und das sind in der Regel eben nicht die Stimmbürger*innen, sondern Parteien, Verbände oder andere Interessenträger*innen.

Diese müssen dann im Abstimmungskampf ihre Mehrheiten organisieren, wobei man regelmäßig ein gleiches Muster beobachten kann: Die Urheber*innen zielen auf Stimmung, nicht auf Sachverstand. Wen wundert es da, dass in der Schweiz besonders die nationalkonservative SVP diesen Modus gut beherrscht? Der Kampf um Mehrheiten in der direkten Demokratie verführt dazu, Dinge zuzuspitzen und Thematiken zu verkürzen, ohne später für die Realitätsverzerrungen haften zu müssen. Wer wäre wohl in Deutschland auf diesem Feld Meister?

Und schließlich: Direkt-demokratische Verfahren folgen (wie auch Plebiszite) einer binären Logik: Es gibt nur ein Ja oder ein Nein zu einem Vorschlag – das kann eine Gesellschaft polarisieren (man denke nur an den Brexit). Natürlich sehe ich klar die Defizite unseres Repräsentativsystems, die den Bürgerstaat in die Nähe einer abgehobenen Expertokratie rücken. Aber die direkte Demokratie führt aus diesem Dilemma nicht heraus, sondern in neue Probleme hinein.

PROF. REGINA OGOREK

Die Berlinerin Regina Ogorek hat mehrere Jahre an der Universität Zürich gelehrt und fühlt sich den Schweizer*innen und ihrer politischen Kultur verbunden. Das Schweizer Modell hält sie in Deutschland aber für nicht erfolversprechend.

Zurück auf Los

Partizipation statt Polarisierung: Geloste Bürgerräte können unser repräsentatives System stärken – und wahre Demokratiewunder bewirken. Länder wie Irland zeigen, wie das geht.

Autor: Philipp Hauner

Leo Varadkar konnte sein Glück kaum fassen: „Das ist ein großer Tag für Irland. Für mich persönlich ist das nicht nur ein Referendum, sondern eine soziale Revolution.“ Mit mehr als 60 Prozent hatten die Landsleute des damaligen Gesundheits- und heutigen Premierministers Irlands bei einem Referendum im Mai 2015 für die Legalisierung der Homo-Ehe gestimmt. Ein klares Ergebnis, das angesichts des immer noch stark gelebten Katholizismus auf der Insel auch versierte Beobachter*innen überraschte – und das Varadkar die Möglichkeit eröffnete, seinen Partner zu heiraten.

Doch nicht nur das Ergebnis des Referendums war aufsehenerregend, sondern auch seine Vorgeschichte. Ihm voraus ging eine intensive Beratungszeit. In der sogenannten *Constitutional Convention* kamen für die Dauer von achtzehn Monaten regelmäßig 66 Bürger*innen und 33 Politiker*innen zusammen, um über wichtige und streitbare Themen wie die Homo-Ehe und die Alterung der Bevölkerung zu sprechen. Das Besondere: Alle Bürger*innen wurden per Los bestimmt – ein Umfrageinstitut achtete lediglich auf eine repräsentative Auswahl von Geschlecht, Alter, Stadt-Land-Verteilung.

Das Los trifft im irischen Herbst 2012 auch den Briefträger Finbarr O'Brien. Als ihn eine Regierungsabgesandte in seinem Heimatort besucht und sagt, er solle mit anderen irischen Bürger*innen in Dublin über große politische Fragen debattieren, glaubt der 62-Jährige an einen Scherz. Dann erkennt O'Brien, dass das Angebot ernst gemeint ist – und zögert. Er hält sich für zu dumm für die große Politik, will sich nicht zum Idioten machen und lehnt schließlich ab. Der Journalist Bastian Berbner, der O'Brien für das SZ-Magazin in der preisgekrönten Reportage „Ich und der ganz andere“ porträtiert, schreibt über den Briefträger: „Finbarr O'Brien war die irische Version des wütenden, alten Mannes. Gut möglich, dass er für Trump gestimmt hätte, wäre er Amerikaner. Oder für die AfD, wäre er Deutscher.“ Noch am Abend jenen Tages im Herbst 2012, berichtet Berbner, geht sein Sohn mit O'Brien ins Gericht: „Dad“, sagt der, „so eine Chance kriegst du nur einmal, außerdem kannst du nicht über Politik schimpfen und dich bei so etwas verweigern!“

Die großen Fragen

Ausgeloste Bürgerräte gelten heute als die große Hoffnung der Demokratie. Sie verleihen parlamentarischen Entscheidungen zusätzlich Legitimation oder Vermögen wie etwa in Irland, Referenden zu versachlichen. Beteiligungsformate, die auf der lokalen Ebene fest verankert sind, erobern aktuell zunehmend die nationale und sogar supranationale politische Bühne. Und dort geht es dann um die ganz großen Fragen.

Zum Beispiel auch darum, welche Maßnahmen es jetzt braucht, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern: Was muss Frankreich konkret tun, um bis 2030 seinen CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken? In der *Convention Citoyenne pour le Climat* setzt Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron auf 150 per Los ausgewählte Bürger*innen, die insgesamt 17 Tage lang über Klimathemen debattieren. Ihre Empfehlung wird mit Spannung erwartet – sie soll noch im April veröffentlicht werden. Auch auf EU-Ebene ist eine zweijährig angelegte Zukunftskonferenz mit bis zu sechs Bürgerversammlungen geplant, bei denen Bürgerräte eine zentrale Rolle spielen sollen. Die Konferenz soll am Europatag am 9. Mai beginnen und unter anderem diskutieren, wie die EU die demokratischen Grundlagen der Union stärken kann.

Frischzellenkur für die Demokratie

Die Idee der Auslosung politischer Ämter ist so alt wie die Demokratie selbst. Beziehungsweise – sie ist gewissermaßen ihr Auftakt. Bevor sie um 430 v. Chr. im alten Griechenland allmählich gebräuchlich wurde, sprach man von „Isonomie“. Der Terminus beschreibt ein Prinzip, das die gesetzliche Gleichheit aller Bürger einfordert und sichert – ohne Rücksicht auf Geburt und Vermögen. Eine derart radikale Gleichheit gelangt den alten Griechen mit einem Novum: dem Losverfahren. Dafür wurde ein Marmorgefäß mit schwarzen und weißen Bohnen gefüllt. Wer eine weiße Bohne zog, hatte fortan ein politisches Amt inne. Den Vorteil beschreibt Florian Felix Weyh in seinem Buch „Die letzte Wahl: Therapien für die leidende Demokratie“: „Eine Verlosung garantiert Gleichheit am Start und bewahrt dennoch die Unterschiedlichkeit der Individuen im Ziel, indem sich niemand verbiegen muss, will er ein Amt erhalten.“ Mit freilich einer gewichtigen Einschränkung: Im alten Athen durften nur Männer mit Bürgerstatus Bohnen ziehen.

Die Wahlkabine. Sie wirkt unscheinbar, provisorisch errichtet in einer Aula, einem Gemeindesaal, einer Schulturnhalle. Und doch ist sie einer der wichtigsten Orte der Demokratie. Sie bietet uns Raum, um geheim und frei unsere Wahlentscheidung zu treffen. Im alten Griechenland bestimmte eine Losmaschine darüber, wer das Volk vertreten sollte. Achtung, fertig, los! Kann der Zufall auch heute helfen, die Demokratie zu beleben – und neue demokratische Räume zu öffnen?

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Unsere Tipps für Eltern und Lehrende:



Unsere Atlanten

Sie vermitteln Wissen besonders kompakt und anschaulich. Kostenfrei heruntergeladen (als pdf, mobi oder epub) oder bestellen: boell.de/atlanten

Hier finden Sie auch die zugehörigen Online-Dossiers, Infografiken, Videos und Podcasts.

Iss was?!
Tiere, Fleisch & Ich
 Ein Buch für Kinder und Jugendliche – Update 2020
boell.de/isswas



EINLEBEN

Webbasiertes Lern- und Erfahrungsspiel für den Unterricht ab Klasse 10

EINLEBEN thematisiert soziale Herkunft, Zufriedenheit und Entscheidungsspielräume. boell.de/einleben

boell.de
 Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Dass unsere repräsentative Demokratie eine Frischzellenkur braucht, glaubt auch der Politologe Edgar Grande, der den Einsatz ausgeloster Bürgerräte befürwortet (siehe auch Seite 16, Anm. d. Red.). Eine Forderung, die von den Ergebnissen des „Bürgerrats Demokratie“ gestützt wird. Bei diesem Modellprojekt des Vereins Mehr Demokratie e.V. und der Schöpflin-Stiftung sprachen sich im September 2019 nach einer viertägigen Debatte 152 von 157 Teilnehmenden dafür aus, einen bundesweiten Bürgerrat, der Empfehlungen an die Bundesregierung abgeben soll, gesetzlich zu verankern. Ausnahmslos alle befürworteten, dass über dessen Besetzung das Los entscheiden solle – genau so wurden auch die Teilnehmer*innen für das Modellprojekt bestimmt. „Hier saßen Leute zusammen, die sonst nie miteinander ins Gespräch gehen würden“, heißt es auf der Website zum Projekt (www.buergerrat.de). „Es kamen auch die zu Wort, die sonst oft schweigen.“ – Menschen wie etwa der irische Briefträger Finbarr O'Brien.

Bei der *Constitutional Convention* Ende 2012 lernt O'Brien Chris Lyons kennen. Einen jungen, schwulen Mann mit lackierten Fingernägeln und Irokesenschnitt. Menschen wie Chris Lyons hatte O'Brien sein Leben lang gemieden. Doch ausgerechnet der junge Schwule spricht offen aus, schreibt Journalist Berberner, was O'Brien selbst fühlt und denkt. Dass er sich fehl am Platz fühle und nicht wisse, ob sein Selbstvertrauen ausreiche, um zu bleiben. Es ist der Moment, als das Eis zwischen Finbarr O'Brien und Chris Lyons erste, kräftige Risse bekommt. Es ist der Beginn einer Freundschaft.

Magic Moments

Formate wie die *Constitutional Convention* sind für die Politikwissenschaftlerin Patrizia Nanz zukunftsweisend: „Da wurde ein Mini-Irland per Zufallsauswahl geschaffen und am Ende standen Vorschläge, die ausgereifter waren als so einige des Parlaments.“ Nanz glaubt, dass wir immer häufiger vor sogenannten „wicked problems“ ständen, vor jenen „fiesen, verzwickten“ Problemen, bei denen schon die „Problemwahrnehmungen bereits so stark divergieren, so dass eine Lösungsfindung unglaublich erschwert wird.“ Genau hier könne ein Bürgerforum, bei dem ganz unterschiedliche Menschen miteinander ins Gespräch kommen, Großes leisten: „Hinter den vielen Positionen und Meinungen stehen auch

„Es gibt Momente, wo sich plötzlich eine Art Spalt öffnet und sich eine neue Möglichkeit auftut. Und auf einmal ist man nicht mehr in dieser konfrontativen Schwarz-Weiß-Situation.“

Patrizia Nanz, Politologin

ganz konkrete Bedürfnisse – und es geht auch darum, diese gegenseitig zu erfahren“, so Nanz.

Was dann oft geschehe, klingt fast nach Magie: „Es gibt Momente, wo sich plötzlich eine Art Spalt öffnet und eine neue Möglichkeit auftut. Und auf einmal ist man nicht mehr in dieser konfrontativen Schwarz-Weiß-Situation.“ In ihrem Buch „Reconstructing Democracy: How Citizens are building from the ground up“, das Nanz zusammen mit dem kanadischen Philosophen Charles Taylor verfasst hat, beschreibt sie, wie gelebte Teilnahmeverfahren helfen können, verfahrenere Situationen zu entwirren, harte Fronten aufzulösen und neue Ziele gemeinsam zu definieren. „Etwas gemeinsam zu gestalten, ist der Teil von Partizipation, der dem Austausch von Argumenten folgt. Er ist essentiell für gelingende Beteiligung.“

Harte Fronten gab es auch in der Auseinandersetzung um die Bahnplanungsplanung von Stuttgart 21. Als Antwort auf das Debakel hatte der 2011 neu gewählte Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg das Staatsratsamt für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung geschaffen, das in dieser Form einzigartig in Deutschland ist. Seit 2011 wird es ehrenamtlich von Gisela Erler ausgefüllt, die sich für mehr dialogische Beteiligung in den Kommunen einsetzt: „Die Bürgerbeteiligung ist vor die Klammer des inhaltlichen Durchsetzens gestellt worden.“ Gerade arbeitet

sie gemeinsam mit der Landesregierung und der Stadt Stuttgart an einem Zufallsbürgerforum für die Sanierung der Stuttgarter Oper – ein Projekt, das unter den Stuttgarter*innen sehr umstritten ist – und hofft auf eine Konsenslösung, mit der alle gut leben können.

Bürgerräte als Allheilmittel?

Bei aller Euphorie gibt es aber auch Kritik. Die Umsetzung von Formaten wie der *Constitutional Convention* in Irland, bei der für die Versammlung von 66 ausgelosten Bürger*innen etwa 1,4 Millionen Euro ausgegeben wurden, ist aufwendig. Ernst genommene Bürgerbeteiligung kostet die Behörden zudem Zeit und personelle Ressourcen. „Aber das amortisiert sich später“, sagt Gisela Erler. „Wenn man bei strittigen Themen diese Arbeit nicht leistet, dann schwelen die Konflikte weiter und werden nur größer. Mein Rat ist also: Früh mit Bürgerbeteiligung anfangen und immer dranbleiben.“

Ein weiterer Kritikpunkt richtet sich generell gegen deliberative Politik. Er geht von der Annahme aus, dass dadurch der politische Kern der Demokratie betäubt werde – der Streit. Eine Problematik, die Gisela Erler kennt: „Oft mögen die zivilgesellschaftlichen Gruppen unsere dialogische Bürgerbeteiligung nicht. Viele Bürgerinitiativen wollen stattdessen lieber eine Abstimmung per Bürgerentscheid oder Volksentscheid durchsetzen, sie wollen Wahlkampf und polarisieren. Protest treibt die Demokratie voran, sicher. Aber wir brauchen gerade den dialogischen Ansatz, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.“

Auch die geringe Teilnehmerzahl wird kritisiert. In der Regel kommen nur bis 200 Personen zu Bürgerratsforen zusammen. Andererseits: Sind es

zu viele, entsteht nicht der vertraute Rahmen, in dem sich jede*r offen aussprechen kann. Nicht alle Vorschläge, die Bürgerräte unterbreiten, sind zudem finanziell oder personell umsetzbar. Und nicht zuletzt: Das politische Tagesgeschäft kann nicht im Bürgerrat verhandelt werden.

Kleines Demokratiewunder

In Irland hat die *Constitutional Convention* dazu beigetragen, dass das Referendum über ein hochemotionales Thema wie die Homo-Ehe relativ leise und friedfertig abließ. Nachdem sich in der Versammlung 79 Teilnehmer*innen für eine entsprechende Gesetzesänderung aussprachen, folgten die Iren diesem Votum. Inzwischen ist die Bürgerbeteiligung als *Citizen Assembly* verstetigt. Im Fall von Finn O'Brien und Chris Lyons hat die *Convention* zudem ein kleines Demokratiewunder bewirkt: Zwei Menschen, die auf der Straße nie freiwillig ein Wort gewechselt hätten, lernten die Perspektive des anderen kennen – und wurden zu Freunden. Während der Versammlungswochenenden saßen sie abends zusammen an der Bar, erzählten sich bis nachts von ihren Familien und Alltagsproblemen, irgendwann sogar von ihren persönlichsten Empfindungen. Hier offenbart sich die große Chance von repräsentativ ausgelosten Bürgerräten: Sie schaffen das konfrontative „Ich oder Du“ ab. Und helfen uns, die Welt so zu sehen, wie sie ist – nicht schwarz-weiß, sondern: bunt.

FÜR UNSERE GESUNDHEIT
 MACHT KRANKENPFLEGERIN LUNA DIE NACHT ZUM TAG.
 WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

DIE VERMESSUNG DER DEMOKRATIE

Seit 2006 bewertet die britische Zeitung *The Economist* den Stand der Demokratie in 167 Ländern. Das Ergebnis 2019: Die Demokratie ist weltweit unter Druck. Wie misst man Demokratie? Und was bedeutet die Corona-Krise für die weitere Entwicklung? Ein Überblick.



DEMOKRATIEINDEX 2019 167 LÄNDER

60 Fragen in 5 Kategorien

1. Wahlverfahren und Pluralismus
2. Bürgerrechte
3. Funktionsweise der Regierung
4. politische Teilhabe
5. politische Kultur

10 Punkte – 4 Regimetypen

- | | |
|-----------|---|
| 8,01 – 10 | 1. vollständige Demokratie |
| 6,01 – 8 | 2. beschädigte Demokratie |
| 4,01 – 6 | 3. hybrides Regime
(Mischform aus Regimetyp 2 und 4) |
| 0 – 4 | 4. autoritäres Regime |



DEMOKRATIE IN ZAHLEN

Anzahl der Länder je Systemtyp

Vollständige Demokratien:	22 (13,2 Prozent)
Beschädigte Demokratien:	54 (32,3 Prozent)
Hybride Regime:	37 (22,2 Prozent)
Autoritäre Regime:	54 (32,3 Prozent)

Bevölkerungszahl je Systemtyp

In einer vollständigen Demokratie leben weltweit 5,7 Prozent der Menschen, in einer beschädigten Demokratie 42,7 Prozent, in einem hybriden Regime 16,0 Prozent, in einer Autokratie 32,3 Prozent.



BEDRÄNGTE DEMOKRATIE

Durchschnittliche globale Gesamtpunktzahl 2019:

5,44 Punkte

Der schlechteste gemessene Wert seit Beginn der Messung im Jahr 2006

Gründe

1. Der starke Rückgang bei den regionalen Durchschnittswerten in Lateinamerika und Subsahara-Afrika

Nachwahlkrise in Bolivien, Zunahme autoritärer Praktiken in Venezuela, Nicaragua, Bolivien

Verstöße gegen den Wahlprozess unter anderem in Niger, auf den Komoren und im Senegal

2. In allen fünf Kategorien – mit Ausnahme der politischen Teilhabe – sank weltweit die Punktzahl.

positiv: höhere Wahlbeteiligungen, mehr zivilgesellschaftlicher Protest

negativ: wachsendes Misstrauen in Regierungen, Institutionen, Parteien und Politiker*innen



DEMOKRATIERANKING 2019

Rangliste Länder	Punktzahl (max. 10)
01 Norwegen	9,87
02 Island	9,58
03 Schweden	9,39
04 Neuseeland	9,26
05 Finnland	9,25
06 Irland	9,24
07 Dänemark	9,22
07 Kanada	9,22
09 Australien	9,09
10 Schweiz	9,03
11 Niederlande	9,01
12 Luxemburg	8,81
13 Deutschland	8,68
14 Großbritannien	8,52
15 Uruguay	8,38

Quelle: Economist Intelligence Unit



DER RÜCKGANG DER DEMOKRATIE

Die Entwicklung der Demokratie vollzieht sich in Wellen.*

1828 – 1922/26
erste Demokratisierungswelle;
Höhepunkt nach 1918 (Ende des Ersten Weltkriegs)

1922/26 – 1942
erste autokratische Gegenwelle,
drastischer Rückgang der Demokratien

1943 – 1962
zweite Demokratisierungswelle
(nach Ende des Zweiten Weltkriegs)

1958/62 – 1974
zweite autokratische Gegenwelle
(Staatsstriche v.a. in Lateinamerika)

1974 – Mitte der 90er-Jahre
dritte Demokratisierungswelle;
Höhepunkt 1990 (Ende des Kalten Kriegs)

Trendwende
„Seit einigen Jahren entstehen kaum noch neue Demokratien, und jüngst nimmt ihre Zahl sogar eindeutig ab. Zum einen haben einige junge Demokratien an Kraft verloren und drohen in vordemokratische Zustände abzurutschen. Denken wir an Thailand, die Türkei, Ungarn oder Venezuela. Der zweite Trend erscheint mir jedoch noch besorgniserregender. Nämlich, dass etablierte, ältere Demokratien mit den Bedrohungen von rechts nur schwer zurande kommen.“

Daniel Ziblatt, Demokratieforscher und Harvard-Professor im Grünen Magazin 03/2018

* Nach Samuel P. Huntington



CORONA ALS SYSTEM-STRESSTEST

Die Pandemie fordert alle politischen Systeme heraus. Wie geht es weiter? Wissenschaftler*innen wagen erste Prognosen.

Rückkehr des Staates

„Anders als in der Finanzkrise 2008/2009 wird das Corona-Virus eine Rückkehr des Big Government erzwingen. [...] Das Paradoxon der Jahre 2008/2009 besteht darin, dass das Misstrauen gegenüber dem Markt eben nicht zur Forderung nach mehr Staatsintervention führte. Das Corona-Virus aber wird den Staat auf ganzer Linie zurückbringen.“

Ivan Krastev, bulgarischer Politikwissenschaftler, in Die Zeit vom 20. März

Die Rolle der Frauen

„Vielleicht ist dies eine Gelegenheit, die Rolle der Frauen in den Mittelpunkt zu stellen: Sowohl als Betreuerinnen zu Hause – eine Rolle, die oft nicht anerkannt, nicht gewürdigt und nicht vergütet wird –, aber auch im Arbeitsumfeld bei Pflegerinnen, Ärztinnen, Gesundheitsdienstleisterinnen aller Art, die an vorderster Front stehen. Es sind schließlich die Frauen, die diese Last tragen werden.“

Soumya Swaminathan, Chefwissenschaftlerin der Weltgesundheitsorganisation WHO, am 13. März auf Twitter

Zukunft der Demokratie

„Nach der Corona-Krise werden die zahllosen Krisenverlierer gelebte Gerechtigkeit wollen, nicht nationalistische Sprüche. Populisten bieten Lautstärke statt Lösungen – Corona entzaubert sie. [...] Umso bewusster sollten sich Demokraten auf die Zeit nach dieser Zäsur vorbereiten. Die stärkste Antwort auf die Reaktionäre ist eine Demokratie, die aktionsfähiger wird, also Vertrauen weckt.“

Roger de Weck, Schweizer Volkswirt und Autor des Buchs „Die Kraft der Demokratie“ (2020), im Spiegel-Interview vom 25. März

Einfallstor für Autokratie

„In Staaten, in denen sehr autoritäre Regierungschefs agieren – Trump, Bolsonaro, Putin, Erdogan – muss man damit rechnen, dass die Pandemie zum Einfallstor für weitreichende Veränderungen der politischen Ordnung wird. Das kann beginnen, indem sich jemand als charismatischer Bezwingler der Krise präsentieren will, so wie es sich bei Xi Jinping in China andeutet. [...] [I]n autoritären Staaten wie China ist die Pandemie eine gute Begründung, das ohnehin schon herrschende Kontrollsystem mit Handyüberwachung und Bewegungsprofilen weiter auszubauen. Wenn man auf diese Weise die Krankheit besiegt, lässt sich einiges rechtfertigen.“

Herfried Münkler, Politikwissenschaftler, im Spiegel-Interview vom 23. März



EUROPAGRUPPE GRÜNE

Liebe Freund*innen,
liebe Leser*innen,

das Corona-Virus greift um sich. Die EU muss unter Beweis stellen, dass im Kampf gegen die Krise zusammen mehr gelingt, als wenn jedes Land für sich allein handelt. Europäische Solidarität muss jetzt die Leitschnur sein, um die EU gestärkt aus dieser schwierigen Phase zu führen.

Die nötigen Maßnahmen gegen die Pandemie haben das öffentliche Leben erheblich eingeschränkt. Davon ist auch das EU-Parlament betroffen: Alle Sitzungen sind abgesagt. Doch unsere Arbeit steht nicht still. Dementsprechend behandeln einige Artikel auf unseren Seiten auch andere Inhalte als die Corona-Krise – auch wenn unser Alltag uns derzeit das Gefühl gibt, es sei kein Platz für weitere Themen.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.



SEESCHIFFFAHRT EMISSIONEN RUNTER

Seit 2018 müssen große Schiffe, die EU-Häfen ansteuern, mehrere Parameter überwachen und zum Beispiel CO₂-Emissionen, Treibstoffverbrauch, zurückgelegte Entfernung und die auf See verbrachte Zeit melden. Wir wissen, dass diese Schiffe über 130 Millionen Tonnen CO₂ emittiert haben – mehr als die jährlichen CO₂-Emissionen Belgiens. Kaum ein anderer Industrie- oder Transportbereich weist derart hohe Emissionszuwächse auf. Trotzdem ist die Seeschifffahrt weder Emissionsminderungszielen noch spezifischen Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet.

Als Berichterstatterin zur Änderung der Verordnung über Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr ist es mein Ziel, Emissionen in der Schifffahrtsindustrie zu reduzieren: mit einem verbindlichen Effizienzziel für 2030 und der Einbeziehung in den Emissionshandel. Nur mit ehrgeizigen und umfassenden politischen Maßnahmen können wir den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen

Niveau begrenzen.



JUTTA PAULUS

Die so genannte MRV-Verordnung regelt die Überwachung von CO₂-Emissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen.

2020 JAHR DES KLIMAS

2020 wird zentral für den globalen Klimaschutz. Nach dem Pariser Klimaschutzabkommen müssen bis Ende 2020 alle Staaten ihre Ziele auf 1,5 Grad-Kurs gebracht haben. Doch aktuell sind wir auf einem 3,2 Grad-Kurs! Hier kommt die EU ins Spiel. Im Klimaschutzabkommen ist sie in Gänze Mitglied. Schreiten wir voran und erhöhen unsere Klimaziele, zieht die Welt mit. Das Problem: Bisher tut sich wenig.

Das groß angekündigte Klimaschutzgesetz ist eine Farce. Von ambitionierten Klimazielen keine Spur. Diese sollen erst im Herbst kommen. Doch das ist zu spät. Deutschland ist dabei der Bremsklotz. Der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier schickt jetzt schon Brandbriefe gegen den Klimaschutz nach Brüssel. Dabei ist es die Bundesregierung, die im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Bleibt es wie es ist, wird Deutschland den Klimaschutz ausbremsen und das Pariser Abkommen massiv gefährden. Das bedeutet: Wir brauchen Druck: von der Straße, von den Bürger*innen, aus der Politik!



MICHAEL BLOSS

2020 wird das Jahr, an dem die EU sich fragen muss: Halten wir das Pariser Klimaabkommen ein?

CORONA-KRISE DEN ZUSAMMENHALT IN DER EU STÄRKEN

Europaweit steigt die Anzahl der mit dem Corona-Virus infizierten Menschen täglich. In der Situation der Krise entscheidet sich, ob Europa solidarisch zusammensteht. Die Europäische Union kann jetzt zeigen, dass sie besser in der Lage ist, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern, als wenn jeder allein für sich handelt. Doch leider folgten die ersten Reaktionen einiger Mitgliedstaaten nicht der Grundüberzeugung, dass der Binnenmarkt und ein europäisch abgestimmtes gemeinsames Vorgehen einen Mehrwert für alle bringen.

Wenn mehrere EU-Länder die Ausfuhr von lebensrettenden medizinischen Gütern wie Atemschutzmasken, Schutzkleidung oder Handschuhen einschränken, endet europäische Solidarität da, wo sie am nötigsten ist. Wenn Beitrittskandidaten wie Serbien solidarische Hilfe von EU-Staaten versagt wird, dann schwächt das Vertrauen in den europäischen Erweiterungsprozess. Und die teilweisen oder vollständigen Grenzschließungen einiger Mitgliedstaaten haben dazu geführt, dass zigtausende Menschen aus den baltischen Staaten an der polnisch-deutschen Grenze feststeckten und der freie Warenverkehr gefährdet war. Vor allem aber führen diese Einzelmaßnahmen nicht zum wichtigsten Ziel: Die Zunahme an Infektionen zu verlangsamen, Risikogruppen zu schützen und die Überlastung der Gesundheitssysteme zu verhindern. Denn so wenig ein Virus an mitgliedstaatlichen Grenzen Halt macht, so wenig hilft der reflexhafte Rückfall in nationalstaatliches Denken und Handeln. Vielmehr müssen wir uns auf bestehende gemeinsame Regeln und Lösungsansätze besinnen, sie der Lage angepasst weiterentwickeln und den Mehrwert des gemeinsamen Vorgehens nutzen.

Der gemeinsame Binnenmarkt bietet einen guten Rahmen für gemeinsame Lösungen. Während ein EU-Mitgliedstaat im Bereich der Produktion medizinischer oder pharmazeutischer Produkte stark aufgestellt ist, verlässt sich ein anderer Staat auf Importe aus dem europäischen Nachbarland. Der Mehrwert des gemeinsamen Marktes ist, dass die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern besonders in Krisenzeiten garantiert wird. Gerade wenn europäische Solidarität gefragt ist, darf die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes daher nicht ausgehebelt, sondern muss der Lage angepasst werden.

Damit aber der gemeinsame Markt den Menschen in der Krise dient, brauchen wir mutiges und weitsichtiges politisches Handeln. Im Zentrum muss eine neue europäische Strategie zur koordinierten Produktion, Vorratsbeschaffung und Verteilung von medizinischer Ausrüstung stehen. Mit gezielter und koordinierter Förderung von Kapazitäten auf

dem europäischen Markt kann im Krisenfall gegenseitige Unterstützung garantiert werden. Die EU sollte die geplante gemeinsame Beschaffung von für die Bekämpfung der Krise notwendigen medizinischen Produkten ausweiten und diese so verteilen, dass alle Mitgliedstaaten in der EU entsprechend ihrer Notlage bedacht werden.

Die neu aufgebauten gemeinsamen Kapazitäten müssen auch gemeinsam verwaltet werden, damit alle gut versorgt sind. Das betrifft nicht nur die Verteilung medizinischer Ausrüstung, sondern auch Kapazitäten in der Intensivpflege. Besonders in Grenzregionen gibt es viele positive Beispiele für unbürokratische Hilfe europäischer Nachbarregionen in der Intensivversorgung, beispielsweise wenn das Saarland Patient*innen aus der französischen Nachbarregion versorgt, deren Gesundheitssystem bereits stark strapaziert ist. Diese Initiativen brauchen europäische Koordinierung, beispielsweise durch ein Meldesystem für freie Betten und freie Beatmungsgeräte. An den Binnengrenzen muss zweierlei gelten: Zum einen muss der freie Warenverkehr ungehindert weiterrollen – denn Lebensmittel und andere wichtige Güter müssen an ihrem Bestimmungsort ankommen. Hierfür braucht es die schnelle Abfertigung von Güterverkehr, den Austausch von Best Practices und die Schulung von Gesundheitspersonal, sodass keine Menschentrauben und Staus entstehen. Zum anderen dürfen die Freiheitsrechte der Menschen nicht eingeschränkt werden. Jede Maßnahme muss nicht diskriminierend und zeitlich beschränkt sein. Das grenzenlose Europa ist eine der größten Errungenschaften unseres Kontinents.

Durch dieses gemeinsame Vorgehen können Menschen europaweit verlässlich versorgt werden, weil Mitgliedstaaten die Spitzen der Infektionen in einem anderen Mitgliedstaat abfedern können. Gemeinsames Vorgehen sichert auch die Unabhängigkeit der EU und ermöglicht es der EU, ihrer Verpflichtung nachzukommen, international zu helfen.



**SVEN GIEGOLD
ANNA CAVAZZINI
HENRIKE HAHN
SERGEY LAGODINSKY**
Delegationsleitung
der Europagruppe Grüne

TEST FÜR GROKO

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft zu einem kritischen Zeitpunkt: Ob die Folgen der COVID-19 Krise, Asyl oder Klimagipfel – um die sechs Monate zu Erfolg zu bringen bräuchte die Bundesregierung dringend mehr Europaenthusiasmus. Wir hoffen, dass sich das schnell ändert, denn die EU kann nicht warten.

Ska Keller
www.skakeller.de

AULD LANG SYNE

Als die britischen EU-Abgeordneten gehen mussten, haben wir gemeinsam „Auld Lang Syne“ gesungen. Beim Brexit beginnt damit jetzt die nächste Phase. Wir streiten weiter für Bürger*innenrechte, aber natürlich auch für den Erhalt von Arbeits- und Klimastandards. Klar ist: Der Brexit ist noch nicht vorbei!

Terry Reintke
www.terryreintke.eu

IMPORTE VON PESTIZIDEN?

Pestizide, die in Europa verboten sind, dürfen auch nicht als Importware auf unsere Teller gelangen! Eine entsprechende Änderung der Pestizidgesetzgebung müssen wir verhindern. Schutz von Verbraucher*innen und Artenvielfalt sind wichtiger als Industrieinteressen – dafür streite ich.

Martin Häusling
www.martin-haeusling.eu

FAIRE MINDESTLÖHNE FÜR EUROPA

Existenzangst ist für ein Drittel aller Beschäftigten in der EU Realität. Die EU-Kommission setzt sich momentan für höhere Mindestlöhne ein. Deutschland darf hier nicht wieder bremsen. Wir brauchen einen EU-Rahmen, der über reine Armutsbekämpfung hinausgeht und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Katrin Langensiepen
www.katrin-langensiepen.eu



EU-HAUSHALT IN EUROPA INVESTIEREN!

Die Corona-Krise und die dramatische Lage an den EU-Außengrenzen zeigen, dass wir eine handlungsfähige EU brauchen: gemeinsame europäische Gesundheitsversorgung, europäische Pandemie-Pläne durch die Seuchenbehörde ECDC und gemeinsame Forschung an Prävention und Medikamenten. Viele fehlende Antworten auf EU-Ebene sind darin begründet, dass die EU-Mitgliedstaaten weder Kompetenzen noch Ressourcen gegeben haben.

Diese Auseinandersetzung zeigt sich auch in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Noch immer konnten sich die Mitgliedstaaten der EU auf keine gemeinsame Position einigen. Der letzte Ratsgipfel ist gescheitert. Dafür tragen vor allem die deutsche Bundesregierung, Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden die Verantwortung. Nationale Egoisten stehen noch immer der gemeinsamen Lösung der großen Zukunftsaufgaben im Weg.

Vor zwei Jahren hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für das 7-Jahres-Budget vorgelegt. Seit Oktober 2018 ist das Europäische Parlament verhandlungsbereit. Seitdem warten wir auf die EU-Mitgliedstaaten. Wir brauchen einen modernen und starken EU-Haushalt.

Neben massiven Investitionen ins Klima, die Forschung und die Digitalisierung gehören für uns auch ein Stopp von Investitionen in fossile Energie und mehr Geld für europäische Jugend- und Sozialprogramme dazu.

Zentral ist für uns außerdem, dass der so genannte Rule-of-Law-Mechanismus verankert wird. Wenn Mitgliedstaaten demokratische Grundsätze mit den Füßen treten, dann dürfen sie auch kein Geld von der EU bekommen. Die Europäische Union ist nicht einfach eine Geldverteilmaschine, von der alle etwas abbekommen. Wir sind eine Gemeinschaft, die auf ihre gemeinsamen Werte setzen muss.



RASMUS ANDRIESSEN

ist für die Grünen/EFA-Fraktion und als einziger Deutscher Teil des Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

KAHLSCHLAG FÜR KULTUR UND BILDUNG!

Die EU-Mitgliedstaaten machen mit den vorgeschlagenen Kürzungen bei den EU-Kultur- und Bildungsprogrammen einen dramatischen Fehler. Gegen den Klimawandel brauchen wir auch Instrumente, die die Beteiligung von Bürger*innen, interkulturellen Dialog und Inklusion fördern. Die Kürzungen sind kurzsichtig!

Romeo Franz
www.romeo-franz.eu

GRÜNER ERFOLG

Die letzten unberührten Wälder Europas müssen in der Klima- und Biodiversitätskrise endlich wirksam geschützt werden. Auf unseren Druck hin hat die EU-Kommission im Februar 2020 endlich Vertragsverletzungsverfahren gegen illegalen Holzschlag in geschützten Waldgebieten eingeleitet.

Anna Deparnay-Grunenberg
www.deparnay-grunenberg.eu

ISRAEL/PALÄSTINA KEIN PLAN ZUM FRIEDEN

Präsident Trumps „Friedensplan“ für den Nahen Osten beschreibt einen Weg in die politische Sackgasse. Würde dieser Plan umgesetzt, dann wäre das lange Jahre verfolgte Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung dahin. Und was dann? Ein-Staaten-Lösung? Die Palästinenser*innen sind gegenwärtig zu schwach, um dem Bündnis von Trump und Netanjahu viel entgegenzusetzen. Sie haben auch keine starke Unterstützung in ihrer Nachbarschaft, weil zahlreiche arabische Länder andere Prioritäten verfolgen. Aber auf



Ungerechtigkeit und das Recht des Stärkeren lässt sich kein Frieden gründen.

REINHARD BÜTIKOFER

Auf Ungerechtigkeit und das Recht des Stärkeren lässt sich kein Frieden gründen.

FEMINISMUS NO WOMEN, NO PEACE

Die Forschung zeigt: Friedensabkommen halten dann besonders lang, wenn Frauen am Tisch sitzen. Trotzdem bleiben sie in der Außen- und Sicherheitspolitik viel zu oft außen vor. Auch in der EU. Das will ich ändern und deswegen schreibe ich gemeinsam mit dem spanischen Grünen Ernest Urtaun einen Bericht, wie die Außenpolitik der EU feministischer werden kann. Ich kümmere mich um die außenpolitische Perspektive, er um gleichstellungspolitische Aspekte. Bald gibt es die erste Studie von uns, vor dem Sommer wird abgestimmt und dann werden wir auf die Umsetzung pochen.



HANNAH NEUMANN

Keine Frauen – kein Frieden! Deshalb brauchen wir eine feministische Außenpolitik. Dass wir die bekommen, dafür Sorge ich im Europäischen Parlament.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Im Februar hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zu Künstlicher Intelligenz vorgelegt. Jetzt schreibt das EU-Parlament einen Bericht zur Ethik der Künstlichen Intelligenz, der Robotik und verwandter Technologien. Ich freue mich darauf, die Arbeit daran für den Ausschuss für Binnenmarkt und Wettbewerb zu leiten.

Alexandra Geese
www.alexandrageese.eu

WIR MACHEN DRUCK

Der EU-Regionalausschuss verhandelt mit EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission über die Ausgestaltung der Fonds zum Abbau regionaler Unterschiede (ein Drittel des EU-Haushalts). Nach dem inakzeptablen-Budget-Vorschlag macht der Ausschuss nun durch Aussetzen der Verhandlungen zusätzlichen Druck.

Niklas Nienass
www.niklas-nienass.eu

KAMPFSPORT RECHTE RAUS

Rechtsextreme im Kampfsport haben sich professionalisiert und unterwandern durch Gyms, Modelabel und Veranstaltungen den Sport. Ob im Kickboxen, MMA oder sogar im Training für Kinder und Jugendliche werden sie immer aktiver. Dabei bereiten sie sich auf den politischen Straßenkampf oder den „Tag X“ vor. In ganz Europa bilden sich immer stärker vernetzte Strukturen. In Deutschland hat die Stadt Ostritz den „Kampf der Nibelungen“, Europas größte Kampfsport-Veranstaltung von Rechtsextremen, wegen seines Ziels der Vorbereitung eines politischen Kampfes im letzten Jahr verboten. Wir bringen das Thema erstmals auf die Tagesordnung und unterstützen, dass Politik, Verbände und europäische Behörden sensibilisiert werden und durch Präventionsprojekte, Screenings und europäischen Austausch tiefergehende Unterwanderungen systematisch verhindern.



VIOLA VON CRAMON

Rechtsextreme vernetzen sich immer stärker in internationalen Strukturen im Kampfsport. Wir unterstützen Zivilgesellschaft, Vereine und Verbände, um diese Strukturen zu verhindern.



Europagruppe GRÜNE/ Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

ZEICHEN SETZEN MIT DEM EU-PASS

Traurig über den Brexit? Ich auch. Aber: Es ist Zeit, dass die EU einen Schritt nach vorn macht. Bis zur Föderalen Republik Europa ist es zwar noch ein weiter Weg, doch ich arbeite dran. Den passenden Reisepass gibt es schon. Zu bestellen auf evercloserunion.eu

Daniel Freund
www.danielfreund.eu

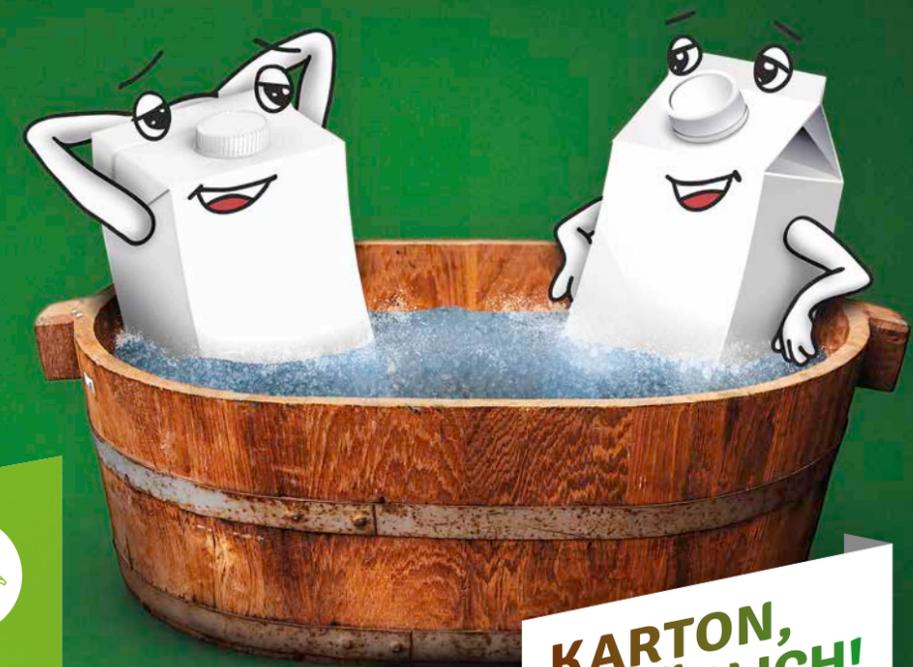
WER WIRD REPRÄSENTIERT

Intersektionaler Feminismus ist mehr als nur ein Schlagwort. Er ist notwendig für ein zukunftsfähiges und inklusives Europa. Der Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich nicht in der Mehrheitsgesellschaft verorten und die Reflektion der eigenen Vielfaltskompetenz sind hierbei ausschlaggebend.

Pierrette Herzberger-Fofana
www.pierrette-herzberger-fofana.de

ANZEIGE

EINE TRENNUNG KANN AUCH ENTSPANNT ABLAUFEN.



KARTON, NATÜRLICH!

Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.



Mehr erfahren Sie unter
karton-natürlich.de

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

„So wie wir die Gesellschaft verändert haben, hat die Gesellschaft uns verändert“



Neben Reden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Annalena Baerbock und Robert Habeck gab es mehrere Gesprächsrunden: Unter anderem diskutierte Fridays-for-Future-Organisatorin Luisa Neubauer mit Hans-Christian Ströbele über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Urgrünen damals und der Klimabewegung heute. Und Michael Kellner sprach mit Marianne Birthler und Lukas Beckmann über die grünen Gründungsjahre und den Vereinigungsprozess von BÜNDNIS 90 und Die GRÜNEN.

30 Jahre BÜNDNIS 90 und 40 Jahre DIE GRÜNEN – am 10. Januar haben wir in Berlin mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und vielen Wegbegleiter*innen ein doppeltes Jubiläum gefeiert. In seiner Festrede blickte Bundespräsident Steinmeier auf die grüne Geschichte und stellte fest: „Eine Lehre ist kaum zu übersehen: Im politischen Wettbewerb tut es gut, bei aller Fähigkeit zum Kompromiss, sich treu zu bleiben.“ Keine Idee hätte die Politik der Grünen über vier Jahrzehnte so sehr geprägt wie die Ökologie. Doch sie sei mehr als Umweltpolitik. Es gehe den Grünen bis heute um eine Veränderung der gesamten Gesellschaft, weg von der Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlagen hin zu mehr Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen, hin zu mehr Demokratie und Gleichberechtigung.

Robert Habeck betonte, dass das BÜNDNIS 90 immer aus dem Zentrum der Gesellschaft gedacht habe. Der Zusammenschluss aus den DDR-Bürgerrechtsbewegungen Neues Forum, Demokratie jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte habe die Partei zu dem gemacht, was sie heute ist: „Wir sind heute mehr Bündnispartei denn je. Die Brüche in unserer Geschichte haben uns stark gemacht, auf die Kontinuitäten sind wir stolz.“ „Diese Partei wollte ja gar keine Partei sein“, sagte Annalena Baerbock. „Sie wollte eine Anti-Parteien-Partei sein gegen das System. Heute verteidigen wir nicht nur auf der Straße, sondern in Parlamenten und Regierungen die Demokratie.“ Auf die Frage, ob die Grünen sich treu geblieben wären oder sie sich angepasst hätten, hatte Annalena Baerbock eine klare Antwort: „So wie wir die Gesellschaft verändert haben, hat die Gesellschaft uns verändert – und zum Glück nicht eingefroren vor 30 oder 40 Jahren.“



Die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags Aminata Touré (links) sprach mit Joschka Fischer und Annalena Baerbock über grüne Verantwortung in der Vergangenheit und im Jetzt – und darüber, was es bedeutet, ein politisches Amt auszufüllen.



Unser Beitrag zum Klimapaket

Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Die wesentliche Herausforderung für Volkswagen ist es, den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu senken. Deshalb setzen wir nicht nur auf effiziente e-Antriebe, sondern produzieren den neuen ID.3 auch bilanziell CO₂-neutral.

Seriennahe Studie

Die Grünen wachsen weiter

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts konnten wir weiter Erfolge feiern. Die Ergebnisse bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und bei den Kommunalwahlen in Bayern sind ein Auftrag an die Bundespartei.

GRÜNES BAYERN

BAYERNWEITES ERGEBNIS:

2020

17,5
PROZENT



2.951
MANDATE

ZWEITSTÄRKSTE KRAFT

AN DEN GRÜNEN KOMMT IN BAYERN KEINER VORBEI

Die bayerischen Grünen wurden deutlich zweitstärkste Kraft bei der Kommunalwahl am 15. März. Im Vergleich zum Jahr 2014 konnten sie ihr Ergebnis von 10,2 Prozent auf 17,5 Prozent steigern. Von Aschaffenburg bis zum Berchtesgadener Land: Die Grünen gewannen in ganz Bayern hinzu. Insgesamt haben sie 2.951 kommunale Mandate errungen, das sind 1.268 mehr als im Jahr 2014.

„Ob in den Städten oder auf dem Land – von überall in Bayern wurden grüne Rekordergebnisse gemeldet. Besonders freuen wir uns über die starken Zugewinne auf dem Land“, betonte der Landesvorsitzende Eike Hallitzky. „Die Kommunalwahl hat die Hoffnung der CSU begraben, dass wir Grüne nur in den Städten erfolgreich sein können“, freute sich die Landesvorsitzende Eva Lettenbauer. „Das grüne Wachstum im ländlichen Raum zeigt: Die großen Fragen zu Klima und sozialem Zusammenhalt enden nicht an der Stadtgrenze. Wir sind eben nicht nur in München, Würzburg oder Bamberg stärkste Kraft, sondern auch in Markt Berolzheim, Wolftratshausen oder Neufahrn.“ Beim Rennen um die kommunalen Chefposten mussten die Grünen aber auch, sicher nicht zuletzt wegen der dominierenden Corona-Berichterstattung, Niederlagen verzeichnen.

GRÜNE IN HAMBURG STARK WIE NIE

Wir wachsen weiter: Bei der Bürgerschaftswahl holen die Grünen Hamburg ihr historisch bestes Wahlergebnis. Mit 24,2 Prozent haben sie ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl fast verdoppelt. Der konsequente Einsatz für Klimaschutz, Verkehrswende und eine offene Gesellschaft wurde belohnt. Über zwei Drittel der Hamburger*innen haben am 23. Februar ihre Stimme den Regierungsparteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben. Das ist ein klares Votum für eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung mit klar gestärkten Grünen.

„Das ist ein sensationelles Ergebnis! Wir freuen uns riesig darüber, das zweitbeste grüne Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht zu haben“, sagte die grüne Spitzenkandidatin Katharina Fegebank. Es sei richtig gewesen, ergänzte Annalena Baerbock, dass Katharina Fegebank für das Amt der Ersten Bürgermeisterin angetreten ist. „Demokratie lebt von einem klugen, respektvollen demokratischen Wettstreit zwischen den Parteien. Deswegen war es richtig, die SPD herauszufordern.“

Das hervorragende Ergebnis unterstreiche, was die Grünen in dieser Zeit leisten müssten, so Robert Habeck: „Wir müssen für die Breite der Gesellschaft und die Stabilität der Demokratie Antworten geben.“ Es gehe darum, weiter daran zu arbeiten, dem Land Orientierung und Stärke zu geben. „Diesen Auftrag nehmen wir aus Hamburg mit nach Berlin.“



Katharina Fegebank (2. von links) und Annalena Baerbock freuen sich bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg über das zweitbeste grüne Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik.



AKTUELLER STAND GRUNDSATZPROGRAMM-PROZESS

Unseren für Ende April angedachten Konvent zum Grundsatzprogramm müssen wir leider verschieben. Stattdessen werden wir am 2. Mai 2020 einen digitalen Länderrat durchführen. Geschichte entfaltet sich gerade mit ganzer Wucht. Diese Krise wird die soziale, ökonomische, kulturelle und politische Entwicklung stark prägen und in eine Zeit davor und danach teilen. Darauf reagieren wir. Wir werden deshalb nach Ostern entscheiden, wie das weitere Verfahren und der Zeitplan aussehen werden.

Hier findet ihr jeweils die aktuellsten Informationen:
www.gruene.de/grundsatzprogramm



BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR CARE-BERUFE!

Pfleger*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Die Corona-Krise führt uns dramatisch vor Augen, welche Menschen unsere Gesellschaft am Laufen halten, die wir sonst viel zu wenig im Fokus haben. Lasst uns gemeinsam Danke sagen für ihre unfassbare Arbeit in diesen Zeiten, indem wir dazu beitragen, ihre Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Wir fordern, was ihnen schon lange zusteht: Bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeit, mehr Mitsprache! Who cares? We do! Zeige jetzt deine Solidarität und unterzeichne den Appell.

Jetzt Care-Appell unterzeichnen:
www.gruene.de/whocares

Impressum

Das Magazin der Grünen –
Mitgliederzeitschrift
Nr. 16, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Michael Kellner
Politischer Bundesgeschäftsführer
V.i.S.d.P.: Jan Prinzwald

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Alexandra Bürger (Leitung)
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin der Grünen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur GmbH
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-145
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
95.000 Exemplare
Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG,
Kassel, auf 100% Recyclingpapier.
Den Auflagen von Hessen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz und
Schleswig-Holstein liegen Zeitungen
der Landesverbände oder Landtags-
fraktionen bei.

Jahresabonnement:
Vier Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abo/Magazin
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint
vorrausichtlich am 15. Juli 2020.

Bildnachweis:
S. 3 Rasmus Tanck; S. 4/5 CreativeCrunk.com, anthonyboyd.
graphics, graphicburger.com; S. 8 Andrej Filev, akg-
images/Album/Prisma; S. 11 plainpicture/Reilika Landen,
akg/North Wind Picture Archives; S. 14/15 akg/North
Wind Picture Archives, picture alliance/Reuters/Kacper
Pempet; S. 16/17 ullstein bild Dtl./Kontributor, akg-
images; S. 18 Hannes Jung/laif, akg-images/Nimatallah;
S. 28 Dominik Butzmann; S. 30 Hamburg: Henning Angerer,
Bayern: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern

NICHT VOR DONALD DUCKEN.



Demokratische Gesellschaften
brauchen eine
unabhängige Presse.

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Mehr als 19.800 Menschen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit der taz. Erwerben auch Sie Eigentum an einer Zeitung im Besitz ihrer LeserInnen. Mit einer Einlage ab 500 € (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | genossenschaft.taz.de